



# Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nichtöffentlich

### Stenografisches Protokoll der 20. Sitzung Sitzungsteil Nichtöffentlich - endgültige Fassung\* -

#### 1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 19. Januar 2023, 12.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Saal 2.300  
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

### Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

#### Einziger Tagesordnungspunkt

Seite

#### *Zeugenvernehmung*

##### **Abdul Wafi Walim**

Ortskraft der GIZ  
(Beweisbeschluss Z-14)

siehe Stenogr. Protokoll 20/20 I

##### **Najia Najafi**

Ortskraft des Goethe-Instituts  
(Beweisbeschluss Z-16)

siehe Stenogr. Protokoll 20/20 I

##### **H. H.**

Leiter des Referats „Beschaffung Afghanistan/Pakistan“ des BND  
(Beweisbeschluss Z-17)

**9**  
Zeugenvernehmung Geheim  
siehe Stenogr. Protokoll 20/20 III

\* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.  
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



# Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nichtöffentlich

### Mitglieder des Ausschusses\*

|                       | Ordentliche Mitglieder                                    | Stellvertretende Mitglieder |
|-----------------------|-----------------------------------------------------------|-----------------------------|
| SPD                   | Nürnberger, Jörg<br>Stegner, Dr. Ralf<br>Yüksel, Gülistan |                             |
| CDU/CSU               | Erndl, Thomas<br>Röwekamp, Thomas<br>Zippelius, Nicolas   | Wittmann, Mechthilde        |
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Nanni, Sara<br>Wagener, Robin                             | Bayram, Canan               |
| FDP                   | Jurisch, Dr. Ann-Veruschka<br>Müller, Alexander           |                             |
| AfD                   | Keuter, Stefan                                            |                             |
| DIE LINKE.            | Bünger, Clara                                             |                             |

\* anwesend laut Unterschriftenliste



## Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nichtöffentlich

## Fraktionsmitarbeitende\*

|                       |                                                                                                                                                                |
|-----------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| SPD                   | Anne Hawxwell<br>Judith Aßmann<br>Marie-Christin Furchtmann<br>Lukas Hassebrauck<br>Dr. Mirijam Koch<br>Keno Kunkel<br>Marlon Kuhlwein<br>Christin Olechnowicz |
| CDU/CSU               | Dr. Andreas Feser<br>Philipp Fuss<br>Svenja Grieser<br>Daniel Kopp<br>Andre Meyer<br>Jeaninne Perduss                                                          |
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Simona Bianco<br>Martina Kant<br>Carolin Holzhäuser<br>Dominik Reich                                                                                           |
| FDP                   | Martin Bieber<br>Maximilian Heck<br>Jonas Sieveneck                                                                                                            |
| AfD                   | Felix Henke<br>Immanuel Buchholtz<br>Yaroslav Aliev                                                                                                            |



# Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nichtöffentlich

|            |                     |
|------------|---------------------|
|            | Richard Schäfer     |
| DIE LINKE. | Matthias Jakubowski |

\* anwesend laut Unterschriftenliste



# Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nichtöffentlich

### Teilnehmende Bundesregierung\*

|       |                                                                           |
|-------|---------------------------------------------------------------------------|
| AA    | Andreas Gloßner<br>Felix Hegeler<br>Klaus Klusmeier<br>Nils-Ole Nommensen |
| BAMF  | Ngoc Ha Bassenge                                                          |
| BfV   | Konstantinos Leon Apostolopoulos                                          |
| BMF   | Heike Barczyk<br>Dr. Christian Mann                                       |
| BKAmt | Christian Heusermann<br>Michael Henke<br>Jan Rüger<br>Michael Steppan     |
| BKA   | Tobias Lägél<br>Christian Hettlage                                        |
| BMI   | Dr. Sven Krämer<br>Jürgen Glaub<br>Alexander Kocourek                     |
| BND   | Joachim Blum<br>Katja-Julia Fischer<br>Dr. Annette Rischke                |
| BMVg  | Boris Wentzek<br>Kathrin Geyer<br>Peter Röllig                            |



# Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nichtöffentlich

|      |                                   |
|------|-----------------------------------|
|      | Sabine Wahl                       |
| BPol | Dr. Ralf Gnüchtel<br>Guido Langer |
| BMZ  | Henrike Herz<br>Oliver Hoos       |

\* anwesend laut Unterschriftenliste



**Nichtöffentlich**



**Nichtöffentlich**



## Nichtöffentlich

(Beginn des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung, Nicht-  
öffentlich: 20.02 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, Sie hatten Gelegenheit, sich ein bisschen zu stärken. Wir setzen nun die Beweisaufnahme mit der nicht-öffentlichen Vernehmung des Zeugen H. H. fort.

### Vernehmung des Zeugen H. H.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Ich spreche Sie dann auch mit „Herr H.“ an. Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. Dezember 2022 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Frau Rechtsanwältin Dr. Stefanie Schork, Platz genommen. Frau Dr. Schork, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten; Ihnen steht jedoch kein eigenes Rede- und Fragerecht zu. Außerdem dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen. - Haben Sie dazu Fragen?

Herr H., zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit sein oder auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger - das wirkt unter diesen Umständen einigermassen komisch - und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge H. H.:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie a) das Mikrofon einschalten und b) sich in der Nähe aufhalten. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Ein letzter Hinweis noch an den Zeugen: Wir sind zwar hier in einem abhörgeschützten Sitzungssaal. Der Ausschuss hat sich jedoch darauf geeinigt, für Ihre Vernehmung zunächst nur die Öffentlichkeit auszuschließen, aber die Sitzung nicht mit einem Geheimhaltungsgrad zu versehen. Das dient ja dem Schutz Ihrer Person insbesondere. Sollten Sie daher während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren Kenntnis durch Unbefugte -



## Nichtöffentlich

ich zitiere wörtlich - „die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden“ würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich füge aber ausdrücklich hinzu: Das Recht sozusagen, dass die Dinge auch dargestellt werden, hat in Untersuchungsausschüssen Verfassungsrang. Das heißt, es ist die Ausnahme, die ich eben vorgetragen habe, nicht die Regel. Und der Ausschuss befindet ja im Zweifelsfall darüber, wenn das erörtert werden muss.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

**Zeuge H. H.:** Keine.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nach diesen Vorbemerkungen komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung: Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Also, die Fragezeit richtet sich nach der Stärke der Fraktionen.

Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen, wobei in diesem Fall die Angabe der Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen, genügt.

**Zeuge H. H.:** Schönen guten Abend! Mein Name ist H. H., und ich bin Zeuge des BND. Meine ladungsfähige Anschrift ist die Anschrift meines Arbeitgebers: der Bundesnachrichtendienst in der Chausseestraße 97 bis 98\* in 10115 Berlin.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie uns noch Ihr Alter verraten würden, wäre ich glücklich.

**Zeuge H. H.:** Mein Alter ist 54.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** 54. Danke schön. - Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

**Zeuge H. H.:** Ich verzichte angesichts des nicht vorhandenen Einstufungsgrades auf ein Eingangsstatement.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Die Mitglieder des Ausschusses haben nunmehr die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Ich wiederhole noch mal, dass, wenn Vorhalte aus Akten gemacht werden, die bitte vorzulegen sind. Und Sie kennen das ja auch, nach welchem Prinzip wir das hier machen, sodass das schnell gefunden werden kann.

Das Fragerecht beginnt mit der SPD und dem Kollegen Jörg Nürnberger. Bitte schön.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Guten Abend, Herr Zeuge! Ich werde auf das komische „H.“ verzichten und Sie nur mit „Zeuge“ anreden.

Der erste Fragenkomplex, den ich gern an Sie richten möchte, weil Sie der erste Zeuge aus dem BND sind, beschäftigt sich mit der Organisation des BND und Ihrer Einordnung im Rahmen der Gesamtstruktur im BND.

Laut der uns zur Verfügung gestellten Dienstpostenübersicht waren Sie zu Beginn des Untersuchungszeitraums - wir reden hier vom Februar 2020 - Leiter des Referats LBB, Beschaffung HUMINT, Human Intelligence, AFG/Pakistan. Können Sie uns zu Beginn berichten, was die Rolle und die Aufgaben dieses Referats LBB gewesen sind und wie dieses Referat in die Gesamtstruktur des BND einzuordnen ist?

**Zeuge H. H.:** Wir befinden uns aber da schon im Bereich des VS-NfD. Das ist noch zulässig?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich glaube, VS-NfD ist eine Einstufung, die hier noch besprochen werden kann. Aber Frage - -



## Nichtöffentlich

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Da die Sitzung ja nichtöffentlich ist, ist der Teil noch unproblematisch. Die Öffentlichkeit ist ja ausgeschlossen. Alle, die hier teilnehmen sozusagen, gehören nicht zur Öffentlichkeit. Wir haben ausschließlich die Verfahrensbeteiligten hier. Insofern ist VS-NfD das, womit alle hier umgehen, und insofern noch unproblematisch.

**Zeuge H. H.:** Gut, dann ist das verstanden. - War das die Frage schon?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Frage war: Was ist die Funktion Ihres Referats, und wie ist es einzuordnen in die Gesamtstruktur des BND? Und wenn Sie zu Beginn den Ausschussmitgliedern, die nicht völlig informiert sind, was Human Intelligence bedeutet, vielleicht auch diesen Begriff in der Ausprägung, wie er beim BND verwendet wird, noch näher erläutern möchten.

**Zeuge H. H.:** Ja. Dann beginne ich mit dem Begriff „Human Intelligence“. Das ist die Informationsgewinnung aus menschlichen Quellen, also die klassische Quellenführung. Human Intelligence ist eine Intelligence-Art neben anderen, neben signalerfassender Aufklärung, neben Informationsgewinnung aus öffentlichen Informationen, sogenanntes OSINT, neben Informationsgewinnung aus dem Erkenntnisaustausch mit anderen Nachrichtendiensten, also eine Form des Sensors, der Informationsbeschaffung im Bundesnachrichtendienst.

Meine Funktion als Leiter einer operativen Führungsstelle, eines operativen Referats, LBB, haben Sie mit Ziellandausprägung schon genannt, nämlich die Beschaffung von Informationen aus menschlichen Quellen zum Zielland Afghanistan und Pakistan. Das war meine Funktion, zumindest im Zeitfenster vom 29.02. bis zum 02.09.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In diesem Zusammenhang taucht auch öfters der Begriff „Bedarfstträger“ auf, der Ihnen offensichtlich ja verschiedene Aufgaben stellt, die Sie dann bearbeiten müssen. Ist diese Einschätzung von mir richtig?

**Zeuge H. H.:** Das ist korrekt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie uns erläutern, welche Aufgaben Sie zu bearbeiten hatten, oder sind wir dann schon im Bereich über VS-NfD?

**Zeuge H. H.:** Ich kann Ihnen die Systematik erklären; die ist öffentlich zugänglich. Der Bundesnachrichtendienst operiert ja nicht im luftleeren Raum, sondern nach klaren Vorgaben. Das Auftragsprofil der Bundesregierung dürfte in diesem Kreise ein Begriff sein. Dort bringen die Bedarfsträger, wie sie auch hier versammelt sind, ihre Informationsbedarfe ein, und die werden im Dienst operationalisiert, durch die Auswertung in Steuerungshinweise und Aufklärungsfordernungen umgesetzt und die operativen Führungsstellen je nach regionalen Zuständigkeiten, je nach thematischen Zuständigkeiten gesteuert.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie uns abstrakt darstellen, was die Vor- und die Nachteile dieser Art von Informationsbeschaffung aus menschlichen Quellen oder von menschlichen Quellen sind?

**Zeuge H. H.:** Der Vorteil der HUMINT-Beschaffung ist, dass Sie hiermit in die Köpfe der Menschen schauen und nicht nur beobachten und lesen, sondern wenn es um Absichten geht, ist die Beschaffung aus menschlichen Quellen tatsächlich eine Informationsaufkommensart, die sehr exklusiv ist und auch nur dort zum Ansatz kommt, wo andere Aufklärungsmöglichkeiten wie SIGINT, wie OSINT eben Informationslücken aufzeigen.

Der Nachteil ist: Sie kriegen Informationen, die ausgewertet werden müssen, die nicht per se die Informationen wert sind, sondern die erst im Kontext einer Gesamtbetrachtung der Informationen aus allen Informationsarten tatsächlich ein Lagebild ergeben, eine Bewertung einer Quelle zulassen: die Zuverlässigkeit, die Glaubhaftigkeit und tatsächlich den Informationsgewinn über öffentliches Aufkommen hinaus.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Sie haben bereits selber angesprochen, dass neben der HUMINT auch andere Formen von nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung benutzt



## Nichtöffentlich

worden sind oder benutzt werden, zum Beispiel die technische Aufklärung, Signal Intelligence. Welche anderen Referate oder Abteilungen haben dazu beigetragen, Informationen aus Afghanistan zu beschaffen? Gab es auch Signal Intelligence für Afghanistan?

**Zeuge H. H.:** Selbstverständlich. Das gilt für alle Aufklärungsregionen und Themen, dass dort alle Aufklärungsmöglichkeiten, die wir dazu haben, auch zum Einsatz kommen, je nach Priorisierung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es schließt sich die Frage an: Wie wurde insgesamt die Beschaffung von Informationen aus Afghanistan koordiniert? Wer war dafür verantwortlich? Wo wurden Entscheidungen getroffen?

**Zeuge H. H.:** Der Bundesnachrichtendienst ist eine Bundesoberbehörde. Das heißt, Entscheidungen fallen auf den entsprechenden Ebenen, je nach Risiko und je nach Tragweite der Entscheidung. Im operativen Bereich ist das klar geregelt. Dort gibt es entsprechende Vorschriften, die besagen, wer auf welcher Entscheidungsebene über welche Form der Operation mit welchem Risiko behaftet tatsächlich befinden kann. Das geht bis zur Leitung des Hauses, je nach Risiko.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Um von dieser abstrakten Ebene etwas in den konkreten, tatsächlichen - - in die tatsächliche Situation vor Ort zu kommen, möchte ich zitieren und hinweisen auf MAT A BND-3.54 VS-NfD, Blatt 50 bis 53. Das bezieht sich auf einen Mailverlauf, und wenn Sie es sehen möchten, können wir Ihnen das gerne auch vorlegen.

**Zeuge H. H.:** Gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Mails beziehen sich auf eine Einladung zum jährlichen Treffen der Operativen Koordinierungsgruppe Afghanistan und Pakistan zum 22. April 2020. Die Durchführung wurde durch Ihr Referat koordiniert. Ging es bei dieser Gruppe tatsächlich um die Koordinierung der Beschaffung von Informationen? Wer

nahm an dem Treffen teil? Oder erfolgte die Koordinierung durch eine andere Stelle oder durch eine andere Gruppe außerhalb dieser jährlichen Treffen?

**Zeuge H. H.:** Also, in der Tat, diese Gruppe - die hätte ich im weiteren Verlauf erwähnt, wenn wir in den eingestuften Teil übergegangen sind -, die habe ich geleitet als operative Führungsstelle LBB mit den meisten Beschaffenden in der Region. Afghanistan wurde von verschiedenen operativen Führungsstellen aufgeklärt, die auch einen thematischen Bezug hatten, die dort eingeladen sind. Die sehen Sie benannt; Sie sehen die Führungsstellen, die sich mit Terroraufklärung beschäftigt haben, also nicht zwingend Taliban - Taliban haben eine nationale Agenda -, sondern ISPK, al-Qaida. Deswegen Terror, ein Terrorreferat.

Also, grundsätzlich waren in dieser operativen Koordinierungsgruppe alle Referate des Dienstes zusammengeführt, die sich mit der Afghanistan-Bearbeitung beschäftigen, aufklärend wie auswertend, und in einer Phase, wie Sie dem Datum entnehmen können, relativ zeitnah nach dem Doha-Abkommen, weil dort ja maßgeblich Weichenstellungen abgestimmt worden sind, denen es galt, sich operativ im Einsatzland anzupassen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In dem Zusammenhang dann die anschließende Frage: War es dann Ihre Aufgabe, diese Informationen aus den anderen Referaten dann auch gebündelt zusammenzubündeln, auszuwerten und dann an das für die eigentliche Auswertung, Berichtswesen zuständige Referat LBA weiterzugeben?

**Zeuge H. H.:** LBA, wie Sie der Einladung entnehmen können, ist zugegen gewesen und hat dazu beigetragen, wie gesagt, alle mit der Afghanistan-Bearbeitung beschäftigten Referate. Und das sind einige, wie Sie sehen können, mit unterschiedlichen Zielrichtungen und Ausrichtungen aus dem SIGINT-Bereich, aus dem auswertenden Bereich, aus dem aufklärenden Bereich. Und die gilt es zu koordinieren in einem Zielland, wo ein sehr hohes Informationsbedürfnis der Bundesregierung besteht, wir einen sehr hohen Personalansatz im



## Nichtöffentlich

Land und außerhalb des Landes zum Ansatz gebracht haben. Und solche Dinge, solche Bemühungen und Beschaffungsvorhaben gilt es zu koordinieren.

Und genau dazu diene diese Veranstaltung, die eine regelmäßige Veranstaltung war. Die tagte nicht erstmals und nur einmalig, sondern Afghanistan zu diesem Zeitpunkt ganz oben auf der Agenda und damit mit einem erhöhten Informationsbedarf seitens der Bedarfsträger versehen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Noch mal konkret nachgefragt: Jedes dieser beteiligten Referate hat dann die Informationen in eigener Verantwortung weitergeleitet, oder ist es durch Ihr Referat koordiniert worden?

**Zeuge H. H.:** Wir haben das koordiniert, wir haben das protokolliert\*. Dort sind Absichten, Planungsabsichten zusammengetragen worden, die es zu deconflicten oder zu harmonisieren galt, die durch die jeweiligen Fachbereiche dann eben koordiniert, und zwar durch mich und meine Führungsstelle, zur Umsetzung geraten sind. Das ist die Planungsphase gewesen, die im unmittelbaren Anschluss dann auch vor Ort in Afghanistan zur Umsetzung gebracht wurde.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Flossen in diese Informationsgewinnung auch Informationen von ausländischen Diensten, befreundeten, mit ein? Oder ist es dann noch durch eine andere Struktur gewährleistet worden?

**Zeuge H. H.:** Auch dieses fließt grundsätzlich mit ein. Denn dort sitzen auch die sogenannten Führungsstellen mit drin, die die Kontakte zu anderen Nachrichtendiensten unterhalten. Und ich sagte ja: ErKA (?), also Erkenntnisaustausch mit anderen Nachrichtendiensten, ist eine Informationsaufkommensart, die, da wir ein integratives Lagebild pflegen, zwingend mit einzubeziehen ist.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn Sie die Zusammenarbeit der verschiedenen Referate bewerten sollen: Lief das immer reibungslos ab, oder kann es da zu Konfliktsituationen gekommen sein? Wie würden Sie das aus Ihrer Einschätzung,

nachdem Sie die koordinierende Funktion hatten, bewerten?

**Zeuge H. H.:** Also, ich würde das nicht als konfliktär bewerten. Es gibt sicherlich unterschiedliche Bewertungen; die sind auch zulässig, und die sind gewollt. Hier gilt es nicht, mit einem Konsens aus einer Lagebewertung herauszugehen, sondern alle Faktoren zusammenzutragen, die erforderlich sind, um das Informationsbedürfnis des Bedarfsträgers zu befriedigen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn Sie sich jetzt ein abstraktes Beispiel ausdenken und uns erläutern könnten, was mit einer Information, die von Ihnen gewonnen wurde, über das Referat LBB dann an das Referat LBA weitergegeben wurde: Wie wird so eine Information dann überprüft und ausgewertet? Und können Sie uns auch erklären, wann und unter welchen Umständen die Information am Ende dann bis auf die Ebene der Berichterstattung an die Bundesregierung oder an das Bundeskanzleramt weitergegeben wird?

**Zeuge H. H.:** Also, um das dezidiert darzustellen, verlassen wir hier aus meiner Sicht den Bereich der nicht eingestuften Sitzung, weil es nachrichtendienstliche Methodik charakterisiert.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann würde ich an der Stelle die Frage zurückstellen und vielleicht darauf zurückkommen zu einem späteren Zeitpunkt, wenn wir dann - - Sonst ist es ein bisschen arg umständlich.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Kollege.

**Alexander Müller (FDP):** Eine Anmerkung: Wir sind in einer eingestuften Sitzung. Wir tagen VS, und das ist eine eingestufte Sitzung. Einfach als Information.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nein. Wir haben die Öffentlichkeit ausgeschlossen; das ist wahr. Aber eine Einstufung der Sitzung haben wir nicht vorgenommen. Das müssten wir förmlich beschließen, wenn wir das machen.

(Alexander Müller (FDP):  
Das wäre Geheim!)



## Nichtöffentlich

Das hätte dann auch Konsequenzen mit den Geräten und so. Das habe ich ja heute Morgen erläutert. Im Augenblick tagen wir sozusagen normal, nur eben ohne die Öffentlichkeit. Es ist eine interne Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Aber wir können ja zunächst mal gucken, wie weit wir kommen. Wenn ich das richtig verstehe, hat der Kollege noch andere Fragen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Selbstverständlich haben wir weitere Fragen. Und diese eine Frage würde ich dann zurückstellen. Es kann allerdings auch sein, dass wir gleich wieder zum gleichen Problem kommen.

(Dr. Ann-Veruschka Jurisch  
(FDP): Entschuldigung, was  
piepst denn hier immer  
so?)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist der Timer, den wir haben, der die Zeit misst. Gänzlich harmlos.

(Heiterkeit)

Es ist auch nicht jemand, der unter dem Tisch sitzt und mithört.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das heißt, dass das Mikrofon bei mir so sensibel ist, dass es sogar diese Geräusche noch mit weitergibt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Der leise Timer ist in dem anderen Raum.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gibt es, wenn diese Informationen dann weitergegeben worden sind, auf irgendeine Weise auch eine Rückkopplung an Sie, wie diese Informationen bewertet, ausgewertet worden sind? Oder sind die Informationen, wenn sie einmal Ihr Referat verlassen haben, dann auf dem Dienstweg weitergegeben worden und ohne jede Rückkopplung an Sie?

**Zeuge H. H.:** Ersteres.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt muss ich die Frage genau noch mal überlegen, damit ich die Anschlussfrage richtig formuliere. Das bedeutet, es gab eine Rückkopplung an Sie, richtig?

**Zeuge H. H.:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wie muss ich mir die vorstellen?

**Zeuge H. H.:** Ich überlege gerade, ob ich Ihnen das beantworten kann in dieser Form. Ich beantworte Ihnen das gerne.

Ich kriege eine Aussage zur Glaubwürdigkeit, zum - - Inwiefern passt diese Information in die Gesamtinformationslage? Ich kriege Hinweise, ob über diese Information hinaus die Möglichkeit\* besteht, weitere Informationen zur Verdichtung zu erhalten, beispielsweise. Und ich sehe als Operateur das Gesamtprodukt. Ich lese die Berichterstattung des Dienstes, obwohl ich sie nicht verfasse.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das wäre nämlich die nächste Frage gewesen, ob Sie dann auch den entsprechenden Output auch selber noch vorgelegt bekommen. Gut.

Der BND ist dem Bundeskanzleramt unterstellt. Gleichzeitig hat aber auch das Auswärtige Amt eine ganz wichtige Rolle in der Politik für Afghanistan gespielt. Gab es regelmäßige Treffen zwischen Ihnen und Stellen im Auswärtigen Amt? Gab es da eine gewisse Form von institutionalisierter Zusammenarbeit, regelmäßige Treffen?

**Zeuge H. H.:** Selbstverständlich, sowohl hier in Deutschland als auch in Afghanistan, der dortigen deutschen Botschaft.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie das näher beschreiben, wie solche Treffen ausschauten und um was es bei solchen Treffen ging?

**Zeuge H. H.:** In der Regel waren das Treffen der auswertenden Bereiche, also des auswertenden Fachbereiches zuständig für Afghanistan, mit AP 05 im Auswärtigen Amt. Das ist ein regel-



## Nichtöffentlich

mäßiges Treffen. Letztendlich hat auch das Auswärtige Amt, wie andere Bedarfsträger auch, an unseren regelmäßig stattfindenden sogenannten Afghanistan/Pakistan-Tagungen teilgenommen. Also, Besprechungen fanden auf verschiedensten Ebenen in einer hohen Frequenz sowohl in Deutschland als auch, wie gesagt, vor Ort in Kabul statt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die entsprechenden DKOR-Berichte des Auswärtigen Amtes haben Sie auch in Ihre Arbeit einbeziehen können.

**Zeuge H. H.:** Ganz genau.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das waren zu Beginn einige grundsätzliche Fragen. Ich schaue mal zur Rechten, wie viel Zeit noch bleibt. Mindestens noch für eine Frage?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, eine Frage kriegen wir noch hin.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Okay. - Doha-Abkommen und die Folgen daraus: Wie würden Sie ganz grundsätzlich die Quellenlage Ihres Dienstes in Afghanistan zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens im Februar 2020 beschreiben? Wo war der BND gut aufgestellt? Wo haben Sie noch Nachholbedarfe gesehen? Und gab es besondere Schwierigkeiten bei der Arbeit in Afghanistan?

**Zeuge H. H.:** Also, ich würde unsere Informationslage als gut bis sehr gut bezeichnen, auch im internationalen Vergleich. Informationsdefizite zu diesem Zeitpunkt tatsächlich, was die oberste Führungsriege der Taliban anging. Da hätte man sich natürlich mehr gewünscht. Man wünscht sich immer mehr, als man beschaffen kann. Aber das war natürlich, insbesondere ja auch vor dem Hintergrund, dass dieses Doha-Abkommen unter Ausschluss sonstiger Beteiligter international\* geschlossen wurde, ein erhöhtes Informationsbedürfnis über das, was dann auch publiziert wurde, mit weiteren Inhalten zu füllen. Also, das sind Dinge, wo man sich sicherlich ad hoc mehr gewünscht hätte, um eine rechtzeitige Einordnung vorzunehmen, zum Impact des Doha-Abkommens.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann danke ich für die erste Runde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist, wie beim Kollegen Nürnberger üblich, eine Punktlandung gewesen.

(Heiterkeit)

Vielleicht erlauben Sie mir noch mal bezüglich dessen, was der Kollege Müller gesagt hat, eine kleine Zwischenbemerkung, damit wir wissen, worüber wir sprechen.

In einer nichtöffentlichen Sitzung, die darüber hinaus aber nicht eingestuft ist, kann das, was wir hier machen, verwendet werden für unsere Berichterstattung. Wenn wir die Sitzung einstufen, geht das nicht. Das soll keine Ermunterung für die eine Seite oder die andere sein, sondern das soll der Hinweis sein.

Ich erinnere daran - wir haben darüber hier schon häufiger gesprochen -: Das Aufklärungsinteresse und auch das Öffentlichkeitsinteresse hat Verfassungsrang. Wir müssen immer konkret begründen, und es müssen gravierende Punkte sein, Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bzw. in diesem Fall - deswegen ja auch eine nichtöffentliche Sitzung - die Sicherheit von Ihnen persönlich.

Im Übrigen überwiegt aber das Interesse sozusagen an der Aufklärung im parlamentarischen Auftrag, Fragestellungen zu erhellen, unter Einschluss von einer ganzen Menge an BND-Quellen, die wir hier haben. Wir haben unfassbar viel Material bekommen. Und das haben wir natürlich nicht l'art pour l'art bekommen, sondern um damit zu arbeiten.

Und deswegen ist sozusagen das Bemühen, was wir haben, möglichst vieles so zu erörtern, dass wir es verwenden können in einer Form, die weder die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet - das wird selten der Fall sein -, aber auch unseren Zeugen schützt und wichtige, schutzwürdige Belange berücksichtigt. Das ist die Abwägung, die wir zu treffen haben.



## Nichtöffentlich

Ob Fragen zugelassen werden oder nicht, da hat die Bundesregierung Möglichkeiten, wie sie ja weiß, zu intervenieren. Und da sind wir uns bisher meistens einig geworden. Was die Einstufung der Sitzung angeht, ist das eine Entscheidung, die der Ausschuss trifft.

Und in dieser Abwägung, die wir sorgfältig vornehmen sollten, aber unter dem klaren Hinweis, dass das Parlament als das höchste Organ unserer Verfassung einen Aufklärungsauftrag in die Verfassung hineingeschrieben hat, sollten wir versuchen, die Abwägung vorzunehmen. Es hat jeder Verständnis für schutzwürdige Belange, aber es soll weder in die eine Richtung überstrapaziert werden noch in die andere; sonst würde es keinen Sinn machen, dass wir ganz viel von dem Material des BND ja bekommen haben. Wir haben übrigens mit Ihrem Präsidenten hier in der Obsoleszenzrunde erörtert, welche Verfahren wir wählen wollen, und auch die Frage, was wie eingestuft wird. Und bisher hat das eigentlich ganz gut funktioniert.

Das wollte ich gern noch mal sagen, damit wir alle wissen, worüber wir sprechen. Würde die Sitzung Geheim eingestuft werden, dann müssen die Geräte hier entfernt werden, dann darf das nicht verwendet werden, dann können wir das nicht im Protokoll aufnehmen und vieles andere mehr. Das ist der Sachverhalt.

Herr Kollege Müller.

**Alexander Müller (FDP):** Dann war ich der irri- gen Annahme, dass wir bereits VS-NfD tagen, was wir offensichtlich nicht tun. Das heißt, wir dürfen sogar die Aussagen hier verwenden in der Öffentlichkeit, im Moment noch, mit der jetzigen Lage. Wir hätten aber die Möglichkeit, noch hochzueskalieren auf VS-NfD. Dann dürften wir die Aussagen nicht verwenden, aber wir wären dann eingestuft. Und im Moment sind wir einfach nur nichtöffentlich und dürfen alles verwenden, was wir hier bekommen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Aber da das ja wie eine Drohung klingt, will ich in Richtung der Bundesregierung sagen, dass es natürlich trotz-

dem eine Sensibilität im Umgang mit den schutzwürdigen Interessen verlangt, in der Form der Darstellung. Ist übrigens auch mit unseren Protokollen so, will ich deutlich sagen: Die werden nicht veröffentlicht, solange der Ausschuss noch tagt. Also, erst ganz am Ende, wenn der Bericht geschrieben wird, werden Protokolle veröffentlicht. Es ist also nicht möglich, jetzt zwischenzeitlich sich das anzugucken, was Sie meinen. Insofern betrifft das wirklich den Kreis, der hier sitzt. Die Personen sind hier auch alle geprüft, was die Zulassung angeht. Insofern, glaube ich, sollten im Regelfall keine Bedenken bestehen. Und da Sie nun der erste Zeuge sind, der vom BND kommt - wir werden ja noch andere haben -, müssen wir das ein bisschen einüben mit dem Untersuchungsausschuss. Es gab ja schon viele davor. - Bitte schön.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich glaube, zur Verwirrung trägt bei, dass wir hier auch sogar in den öffentlichen Sitzungen aus VS-NfD-Dokumenten zitieren dürfen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, wir dürfen mit VS-NfD-Dokumenten arbeiten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So ist es.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das ist, glaube ich, zur Aufklärung ganz wichtig, dass wir da sozusagen das Go bekommen haben, -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja. Das habe ich vorhin ja auch gesagt.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - hier auch vorzutragen, obwohl wir selbst nicht - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Insofern war das, was der Kollege Müller gesagt hat, irrtümlich formuliert. Mit VS-NfD können wir arbeiten. Alles, was darüber hinausgeht sozusagen, gibt dann bestimmte Schutzformen. So tun wir es in den anderen Sitzungen ja auch. Und trotzdem, wie gesagt, die Sensibilität aller Beteiligten, das ist der eine Gesichtspunkt.



## Nichtöffentlich

Der zweite Punkt ist übrigens einer der Arbeitsökonomie. Deswegen finde ich das, was der Kollege Nürnberger eben gemacht hat, dann auch ganz richtig, nämlich dass man im Zweifelsfall eine Frage dann eher auch mal zurückstellt und wir nicht sofort eine Einstufung hier der Sitzung vornehmen müssen. Das ist auch ein bisschen Fairness gegenüber den anderen Fraktionen, die in der Reihenfolge später drankommen. Insofern war das auch kollegial. Arbeitsökonomie und schutzwürdige Belange müssen wir zusammenbringen. Ich glaube, dass wir das gemeinsam hinkommen.

Und in dem Sinne würde ich jetzt gerne dem Kollegen Erndl das Wort geben, der für die CDU/CSU das Fragererecht ausübt.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Sie waren, soweit wir das aus den Akten entnehmen konnten, vom Beginn des Untersuchungszeitraums bis Ende Juli 21 Leiter des Referats LBB und in diesem Zeitraum wiederum dann von September 20 bis Juni 21 Leiter der Residentur in Kabul. Was war der Grund dafür, dass Sie gerade während der Neustrukturierung auch des Aufgabenfeldes Ihre Rolle als Leiter der Aufklärung mit menschlichen Quellen ruhen ließen und die Position des Residenten in Kabul einnahmen?

**Zeuge H. H.:** Zum Verständnis: Die Arbeit hat nicht geruht in meiner Abwesenheit; denn dafür wurde ich vertreten. Aber es sind in der Tat insbesondere die Auswirkungen des Doha-Abkommens und der darin beschlossene Truppenabzug die auslösenden Faktoren gewesen, dass die Dinge - Sie haben mir ja gerade dieses Dokument vorgelegt - eben nicht nur ausgeplant werden, sondern zur Umsetzung gebracht werden, sodass man sich entschieden hat, dass derjenige, der es maßgeblich ausplant und koordiniert, diese Dinge auch vor Ort im Einsatzland zusammenführt, begründet auch aus Vorverwendungen, die ich im Einsatzland schon hatte, sodass man hier in einer doch sehr anspruchsvollen Phase entschieden hat, hier die Weichen zu stellen und insbesondere operativ vor die Ereignisse zu kommen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Wenn Sie sagen „in dieser speziellen Phase“: Können Sie dann kurz ausführen, warum Sie dann beide Posten kurz vor der noch kritischeren Abzugsphase räumten? Und gab es da auf beiden Stellen dann auch direkte Nachfolger? Oder blieb da dann was unbesetzt? Oder wie ist das dann genau vonstattengegangen?

**Zeuge H. H.:** Genau. Es war klar, dass ich von vornherein für die wesentliche Phase, so wie sie zu diesem Zeitpunkt planbar war, vor Ort in Kabul bin und diese Dinge zusammenführe. Und da war das wesentliche Zeitfenster der im Doha-Abkommen avisierte 30.04. als Milestone, als Orientierung, um auch dort beurteilen zu können: Ist man bis zum 30.04. - - Hat man die Maßnahmen umgesetzt, die aus unserer Sicht umzusetzen waren, und unabhängig von einer Präsenz von multinationalen Streitkräften in diesem Land uns ermöglicht, weiterhin unsere Informationszugänge zu erhalten? Das war die übergeordnete Zielsetzung.

Von den zeitlichen Abläufen ist es in der Tat so, dass zu einem Zeitpunkt, als ich, wie Sie angemerkt haben, Ende Mai die Residenturleitung übergeben habe an meine Nachfolge - - war das ein Zeitpunkt, wo sich tatsächlich im Lagebild keine signifikante Änderung ergab. Die Dynamik, wie Sie wissen, setzte ja erst später ein.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Laut den Akten war Kabul - ich vermute da aus den Akten: Kennung [REDACTED] - größte Residentur des BND und auch für die Außenstellen [REDACTED] zuständig. Können Sie darstellen, wie groß die Residentur zu Ihrer Zeit war und wie viele deutsche und afghanische Hauptamtliche da beschäftigt waren?

**Zeuge H. H.:** Also, hier bewegen wir uns außerhalb des VS-NfD-Rahmens, wenn wir hier über Stärken sprechen. Mich irritiert auch die Kennung. Auch diese ist eigentlich nicht hier zu verwenden, weil es auch eine ND-Methodik darstellt.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ist aus VS-NfD-Dokumenten.



## Nichtöffentlich

**Zeuge H. H.:** Hat man wohl vergessen zu schwärzen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gut. - Hatten Sie vor Ort Kontakte zu lokalen und internationalen Akteuren abseits der nachrichtendienstlichen Community?

**Zeuge H. H.:** Selbstverständlich, mit allen zentralen Playern, die vor Ort in Kabul und in den von Ihnen bereits erwähnten Außenstellen tatsächlich auch im Land waren: militärisch, nachrichtendienstlich und sonstige Akteure, für deren Force Protection wir in letzter Konsequenz ja auch eingesetzt waren. Das ist ja ein ganz zentraler Aspekt unserer Beschaffungsbemühungen gewesen, nämlich einen zentralen Beitrag zu leisten für Force Protection, Force und Mission Protection, eben nicht nur für die multinationalen Truppensteller mit unseren Informationen, sondern natürlich auch für deutsche und internationale Staatsbürger.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Aus den Akten haben wir ja schon vernommen und auch aus den Angaben, dass der BND da personalstark unterwegs war. Gab es da auch wie beim Auswärtigen Amt eine Rotation der Mitarbeiter, aus der Sicherheitslage heraus abgeleitet? Wie darf ich mir das vorstellen?

**Zeuge H. H.:** Also, grundsätzlich funktionieren Residenturen in Krisengebieten nach einem Rotationsprinzip, auch dem Umstand geschuldet, dass Sie dort ja 24/7 im Dienst sind und dass das auch mit Blick auf Fürsorge, mit Blick auf Durchhaltefähigkeit ein Prinzip ist, was wir zur Anwendung bringen, in einem Zeitfenster. Und das gilt es aus meiner Sicht auch hier zu erwähnen und auch prominent von Anfang an: Wir sprechen hier über das Coronajahr 2020, in einer Zeit, wo man hier in Deutschland im Homeoffice sich geschützt hat und man hier für die Afghanistan-Aufklärung in einem Business, das von Kontakten lebt, seinen Job machen musste.

Das eine ist Sicherheitslage, das andere ist aber auch Gesundheit. Und wie Sie vielleicht wissen oder auch in den Medien nachvollziehen können: Die Coronalage, die war in Deutschland

schon angespannt, und in Afghanistan aufgrund nicht verlässlicher Fallzahlen und Nachhalten - dort stirbt man in der Regel ja an anderen Dingen - ist das ein zusätzlicher Faktor gewesen, der natürlich unsere Bemühungen, also HUMINT, doch maßgeblich beeinflusste.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Aber würden Sie sagen, dass Sie noch ausreichend sozusagen Informationen beschaffen konnten, oder wie würden Sie das unter dem Covidaspekt einschätzen, die Nachrichten- und Quellenlage und sozusagen das Lagebild, das daraus entstanden ist?

**Zeuge H. H.:** Also, Informationen HUMINT werden ja nicht durch Treffs ausschließlich beschafft, sondern Quellen - - Aber hier verlassen wir wieder aus meiner Sicht den NfD-Bereich. Es gibt andere Möglichkeiten, an Informationen aus HUMINT zu gelangen, als die Person persönlich zu treffen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Hatten Sie oder auch der Dienstherr BND als Ganzes oftmals eine andere Einschätzung der Sicherheitslage als das Auswärtige Amt? Oder war das sozusagen immer auch deckungsgleich? Oder gab es da Unterschiede in der Betrachtung, der Einschätzung der Lage?

**Zeuge H. H.:** Soweit mir das erinnerlich ist, gab es dort zumindest mal in dieser Phase und in der Phase des Untersuchungszeitraumes keine signifikanten Abweichungen im Lagebild; denn das Lagebild generierte sich maßgeblich aus unserem Informationsaufkommen. Letztendlich war der Dienst dort stärker vertreten als das Auswärtige Amt im Land.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ich komme noch mal zum Auftragsprofil der Bundesregierung. War also das Doha-Abkommen der wesentliche Grund, warum sozusagen sich da eine Änderung ergeben hat? Oder wurde das routinemäßig in regelmäßigen Zeitpunkten überarbeitet?

**Zeuge H. H.:** Sie meinen jetzt, ob das Auftragsprofil der Bundesregierung angepasst wurde?



## Nichtöffentlich

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge H. H.:** Also, das APB wird regelmäßig angepasst. Aber das APB ist eben nur ein Instrument, was wir natürlich auch mit Leben füllen. Und es ergeben sich kurzfristig Schwerpunkte, ohne dass ad hoc das APB maßgeblich geändert werden muss, sondern das ist auch hinreichend, ich will nicht sagen: flexibel gestaltet, aber es werden Aufklärungsinteressen formuliert, die wir bedienen, bestmöglich. Aber das heißt nicht, dass kurzfristige Lageänderungen zu einer Ad-hoc-Änderung des APB führen.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Also, es ist sozusagen keine Verschiebung des Informationsinteresses der Bundesregierung aufgrund des Doha-Abkommens dann da ersichtlich, offensichtlich ersichtlich gewesen.

**Zeuge H. H.:** Also, natürlich haben sich die Informationsinteressen verändert. Ich leite das aber nicht aus dem APB ab. Wie gesagt, operative Führungsstellen werden durch die Auswertung gesteuert. Und natürlich galt es in dieser Phase, auf bestimmte Faktoren ergänzend zu achten, nämlich: Wie gestaltet sich der innerafghanische Dialog? Wie erfolgt die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegationen auf Regierungs- und Talibanseite in Doha? Das sind Informationen, die sich natürlich erst aus dem Doha-Abkommen ergeben haben und damit natürlich auch entsprechend gesteuert wurden an die Sensoren.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): In Ihre Zeit in Afghanistan fällt auch das sogenannte Einklappen der Speichen, sozusagen als erster Schritt des Rückzugs. Und aus den Akten geht dann auch hervor, dass die Fähigkeiten und auch Mitarbeiter in Kabul konzentriert worden sind und von dort die Aufgaben der Aufklärung in Afghanistan sicherstellen sollten. Können Sie diesen Prozess kurz einordnen, was sozusagen das in der Umsetzung bedeutet hat und welchen Einfluss das dann auf die operativen Fähigkeiten des BND in Afghanistan hatte?

**Zeuge H. H.:** Sie haben eigentlich mir hier das Schlüsseldokument vorgelegt. Wenn Sie dazu noch die Anlage haben, nämlich mit den Inhalten

dieser Besprechung, ist es genau das, was wir mit Bekanntgabe oder mit Erhalt der Informationen und Inhalte des Doha-Abkommens tatsächlich umgesetzt haben, nämlich die Implikationen zu kompensieren, die aus dem Rückzug multinationaler Streitkräfte in der Fläche für uns bedeuten.

Sie erwähnten die Außenstellen, Sie erwähnten das Einklappen der Speichen - das ist letztendlich nichts anderes, Einklappen der Speichen - mit dem Bundeswehrstandort in Masar-i-Sharif, mit dem Standort der Italiener in Herat - das sind die Speichen, Kandahar - und damit auch nicht mehr die Möglichkeit, unmittelbar vor Ort aus den Außenstellen heraus Quellen führen zu können, sondern tatsächlich sicherzustellen, dass trotz Rückzug aus der Fläche wir unsere Informationszugänge in der Fläche, in die Provinzen erhalten. Und das ist genau Zielsetzung dieser operativen Koordinierungsgruppe an diesem Datum gewesen, nämlich sicherzustellen, aus Kabul heraus, aus einem zentralisierten Kabul heraus sicherzustellen, unter Bündelung der Kräfte, unter Erhalt der Informationszugänge, unabhängig von einem Truppenabzug unsere Aufgabe und das Informationsbedürfnis der Bundesregierung weiter zu befriedigen. Es ist ja nicht so, dass mit Abzug der Truppe nicht mehr interessant ist, was in Afghanistan passiert.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Und Sie würden sagen, dass es vollständig gelungen ist, diese Fähigkeiten aufrechtzuerhalten, auch in der Fläche?

**Zeuge H. H.:** Was heißt „vollständig“? Sie kennen das Ende. Aber ich glaube, gerade auf Grundlage dieser Maßnahmen und umgesetzten Maßnahmen ist der operative Schaden, der für den Dienst entstanden ist, relativ begrenzt, weil wir doch in der Lage waren, maßgebliche Informationszugänge auch nach der Evakuierung aufrechtzuerhalten.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Also, das Einklappen der Speichen würden Sie jetzt nicht als ursächlich auch für eine am Schluss Fehleinschätzung über den Vorstoß der Taliban und letztendlich über die Machtübernahme bezeichnen.



## Nichtöffentlich

**Zeuge H. H.:** Also nicht aus nachrichtendienstlicher Sicht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Wir hatten von einem Zeugen hier im Ausschuss die Aussage - Herr Dr. Plate -, dass Kabul übergeben wurde. Hatten Sie Hinweise auf Gespräche in dieser Richtung, dass es da Absprachen gab, dass es am Schluss sozusagen zu einer kampflosen Übergabe kam?

**Zeuge H. H.:** Da bin ich leider der falsche Ansprechpartner. Da kann ich nur das wiedergeben, was ich im Nachhinein erfahren habe oder ich derzeit noch erinnere. Denn Sie erwähnten ja meine Stehzeiten sowohl in der Funktion als Führungsstellenleiter als auch als Resident vor Ort. Die dynamischen Ereignisse im August 2021 fanden nicht mehr in meiner Zuständigkeit statt. Und wenn das nicht der Fall ist, bin ich dort in der Regel auch abgeschnitten von den Informationen, die dort zu diesem Zeitpunkt vorlagen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. Das heißt, Sie haben sich auch dann im Nachgang nicht mehr mit Afghanistan befasst, auch nicht mit einer sozusagen Ursachenanalyse, Lessons-learned-Veranstaltung, die da im August 2021 stattgefunden hat.

**Zeuge H. H.:** Ich habe mich in der Tat danach tatsächlich weiterhin mit Afghanistan beschäftigen dürfen. Auch das ist ja gemeldet als weitere Funktion im Untersuchungszeitraum, nämlich als Ansprechpartner für den zuständigen Länderbereich zu dienen, um die Innenrevision im Bundesnachrichtendienst genau zu diesem Thema oder der übergeordneten Fragestellung zu fungieren: Was führte zu dieser Dynamik der Ereignisse, und warum haben wir die nicht vorhergesehen?

Dazu wurde ja umfänglich eine Innenrevision im Dienst betrieben, und diese Informationen habe ich für die Innenrevision gesammelt und zusammengetragen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Was würden Sie dann, wenn wir sozusagen in diesem Rückblick sind, als Grund für ebendiese nicht ausreichende

Erkennung der Dynamik dieses Vormarsches, letztendlich des Erfolgs der Taliban sehen?

**Zeuge H. H.:** Das ist eine persönliche Einschätzung. Es sind mehrere Faktoren, die dazu führten, dass diese Dynamik nicht vorhersehbar war: Faktoren wie Moral, Einsatzwert der afghanischen Sicherheitskräfte, Faktoren wie frühes Verlegen der afghanischen Regierung, des Präsidenten aus der Green Zone, Faktoren, die selbst wenige Wochen vorher eigentlich relativ unwahrscheinlich erschienen ließen, dass Kabul zumindest militärisch genommen wird.

Das ist ja ein Sachverhalt - - Und da kommt es doch auch sehr auf den Wortlaut an. Für wie wahrscheinlich halten wir, also der Dienst - und das ist das, so wie ich es erinnere -, tatsächlich eine militärische Einnahme von Kabul oder gar ein kampfloses Einnehmen von Kabul, wie es tatsächlich ja de facto erfolgt ist? Aber dafür bin ich nicht der richtige Ansprechpartner.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. Es hat gepiepst. - Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Normalerweise funktioniert das ruhiger. Aber da wir uns eben auf diesen Raum eingestellt haben, haben wir das andere Gerät nicht dabei.

Ich wollte mal eine Anmerkung in Richtung Bundesregierung machen. Diese Innenrevision, auf die der Zeuge gerade hingewiesen hat, bezieht sich ja in ihrer Analyse auf den Untersuchungszeitraum, auch wenn sie erst später erstellt worden ist. Das heißt, ich gehe davon aus, dass das, was wir vom BND erbeten haben, das mit einschließen müsste. Und insofern wollte ich das an der Stelle schon mal hinterlassen, weil es ja genau die Fragestellungen untersucht, denen der Ausschuss auch nachgeht. Das wollte ich einfach mal an Ihre Adresse gesagt haben.

So. Das Fragerecht wechselt jetzt zur Frau Kollegin Nanni. - Bitte schön.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Guten Abend auch von mir! Ich steige direkt ein; einige Punkte haben die Kollegen ja auch schon geklärt.



## Nichtöffentlich

Sie sprachen selber an als eine mögliche Lücke bei der Informationsbeschaffung die Führung der Taliban. Wir haben uns gefragt, wer denn im Bereich HUMINT dann zuständig war, wenn die Taliban in Doha war. Also: Gab es da noch mal eine Aufgabenteilung mit anderen Referaten? Das ist ja eine gute Gelegenheit, auch an Human Intelligence zu kommen, wenn in Doha getagt wird und die Taliban da unterwegs ist. Können Sie zu der Aufteilung was sagen? Oder haben Sie das von Kabul aus koordiniert?

**Zeuge H. H.:** Taliban waren meine Baustelle, und zwar sowohl als Referatsleiter LBB - das ist die zuständige regionale Führungsstelle -, und aus Kabul heraus wurde operiert. Also, insofern ist das ein Haus und eine Stelle.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann hatten Sie auch schon kurz ausgeführt auf die Frage des Kollegen hin zum Thema Einschränkungen bei Corona. Da würde mich einmal noch ein bisschen interessieren: Wie ist man - weil das habe ich einfach aus der Ferne nicht wirklich beobachtet - denn in Afghanistan damit umgegangen? Also, hat man es durchrauschen lassen, und dann waren eben viele Leute krank und sind gestorben? Oder gab es Kontaktbeschränkungen? Wurden Einrichtungen geschlossen? Wenn Sie dazu vielleicht kurz was sagen könnten, damit ich mir das ein bisschen vorstellen kann, wie das tägliche Leben aussah.

Und die zweite Frage: Wenn es so ähnlich war wie hier, dann kann sich ja auch durch die Digitalisierung von Arbeitsprozessen zumindest in Teilen der Gesellschaft, die Zugang hat zu entsprechenden Endgeräten - - kann das ja auch die Beschaffung vereinfachen, weil dann Dinge, die vielleicht sonst auf Papier ausgeteilt worden sind, per E-Mail rumgeschickt werden, vor der Videokonferenz eines Gremiums zum Beispiel.

**Zeuge H. H.:** Zu den Einschränkungen vor Ort: Gerade in einer Phase zwischen Doha-Abkommen und Schließen unserer Außenstelle in [REDACTED] im Oktober 20 war das eine Phase, wo keine Inlandsflüge oder relativ wenig Inlandsflüge stattfanden, eine Phase, wo man Schwierigkeiten hatte, in das Land hinein- oder hinauszukommen

aufgrund Coronavorschriften an den Flugplätzen, über die man reinrotierte.

Wie ging man damit um? Sehr unterschiedlich, wir - „wir“ im Sinne von internationale Gemeinschaft - sehr restriktiv, afghanischerseits eher lax, weil man auch andere Sorgen hatte. Das versuchte ich deutlich zu machen mit dem tatsächlich auch ernstgemeinten Spruch, dass man in Afghanistan tatsächlich an anderen Dingen stirbt als an Corona. Aber maßgeblich beeinflusste dies das Reinrotierenlassen von bestimmten Mitarbeitern in bestimmte Regionen, beispielsweise Bundeswehrstandort [REDACTED], wo man zwei Wochen vorher in Deutschland in Quarantäne geht, um sicherzustellen, dass man Corona nicht in das Kontingent einschleppt. Das bedeutete, dass bestimmte militärische Einrichtungen schlichtweg geschlossen waren im Sinne von „Keiner kommt rein, keiner kommt raus“, oder aber: Unterzieht sich einem Testverfahren in einer Phase, wo es eben noch keinen Impfstoff gab und schon gar nicht in Afghanistan verfügbar, Maßnahmen in der Botschaft, jeder Botschaftsbesuch einfach einen Schnelltest erforderte, bevor man überhaupt in Masken und in reduziertem Rahmen zusammenkam, also Parameter, die durchaus das Leben nicht erleichterten.

Und auf der anderen Seite eben die Afghanen selbst, die wir ja auch als Ortskräfte beschäftigt haben, wo wir ja gleichsam sicherstellen müssen, dass, wenn die zu Hause in die Familien gehen, das Virus nicht einschleppen. Also auch wirklich reduzierte Kontakte, Reduzierung auch von Fahrten und auch von Treffen. Oder einfach auch sicherstellend, dass man nicht mehr auffällt als tatsächlich erforderlich. Wenn Sie der Einzige sind, der in Kabul mit einer Maske rumfährt, ist das sicherlich auch nicht förderlich.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke erst mal dafür. - Können Sie vielleicht noch mal ein Beispiel nennen, gerne auf einem hohen Abstraktionsniveau, wo das auch auf Ihre Beschaffung konkret einen negativen Einfluss hatte?

**Zeuge H. H.:** Ja, auf die Trefffrequenz; das habe ich schon gesagt. Also, die persönliche Trefffrequenz war dadurch limitiert.



## Nichtöffentlich

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und zu den möglichen positiven Auswirkungen, also dass dann vielleicht Gremiensitzungsunterlagen digital verschickt wurden, die sonst immer ausgeteilt wurden, und dann der eine oder andere doch das einfach mal weiterleitet an unseren Dienst? Das war ja vorher auch ein bisschen schwierig. Wenn man dann irgendwie Unterlagen als Quelle irgendjemandem geben wollte, dann ist das ja auch nicht immer so einfach gewesen. Wenn man sie aber digital vorliegen hat, weil alles umgestellt wird - - Hat das auch Verbesserung mit sich gebracht?

**Zeuge H. H.:** Also, Verbesserungen sehe ich da nicht. Unsere Außenstellen sind natürlich mit sicherer Kommunikation ins Mutterhaus versehen. Also, es hatte keine Beeinträchtigung auf die Kommunikation zwischen der Außenstelle, der Residentur und dem Mutterhaus. Es hatte aber Einfluss auf die Quellenführung vor Ort; denn wir sprechen über Afghanistan, und wir sprechen hier über Fähigkeiten technischer Natur, über Notwendigkeiten der Vertarnung, über Quellen, die nur eingeschränkte technische, sprachliche oder sonstige Voraussetzungen mitbringen.

Man muss wissen, dass Quellenführungen gerade in die Bereiche, wo wir uns paschtonische Zugänge erschließen, eben nicht ohne operativen Sprachmittler laufen können. Das können Sie nicht ersetzen. Also, solche Dinge sind natürlich erschwert.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie sprechen jetzt das Sprachenthema selber an. Das ist auch ein Block bei mir. Wir haben uns gefragt, wie der Umgang mit den verschiedenen Arbeitssprachen gemanagt wird. Also: Wie findet zum Beispiel Übersetzung von einzelnen Quellen statt? Welche Sprachkompetenzen haben die Ortskräfte? Welche Herausforderungen gab es dann auch sozusagen an der untersten Stufe in der Verwertung von Informationen, die sich rund um den Kosmos Sprache und Übersetzung drehen?

**Zeuge H. H.:** Also, Sprache ist der Schlüssel zu allem. Und deswegen auch die Erfordernis gerade im operativen Bereich, um vor Ort mit operativen

Sprachmittlern zu arbeiten, also die, die der Landessprache mächtig sind. Paschtu lernen Sie ein Leben lang, aber das lernen wir nicht in vier Jahren in Vorbereitung auf einen solchen Einsatz. Da können Sie Höflichkeitsfloskeln austauschen. Aber wenn es darum geht, Informationen zu beschaffen und auszuwerten, geht es tatsächlich nur mit Muttersprachlern. Und insofern war es erforderlich, dass wir für jede Sprache, ob Dari oder Paschtu, Sprachmittler hatten, die uns das entweder auf Englisch oder Deutsch übersetzen konnten, also nicht nur übersetzen, sondern tatsächlich auch dolmetschen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt haben Sie die Sprachmittler angesprochen. Das sind ja sozusagen die Ortskräfte des BND auch. Und Sie hatten - - Zu Ihrem Beschaffungsauftrag gehörte eben auch, die Gefährdung der eigenen Ortskräfte zu analysieren. Jetzt frage ich mich, ob Sie auch dafür zuständig waren, die Gefährdung der Ortskräfte anderer deutscher Häuser vorzunehmen.

**Zeuge H. H.:** Also, das ist der übergeordnete Auftrag dessen, was wir tun. Ich sagte ja: Force Protection, Mission Protection. Und das schließt alles ein, was dort entweder international seinem Auftrag nachgeht, aber natürlich schließt das insbesondere die Verantwortung für eigene Mitarbeiter und eigene Ortskräfte ein.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann habe ich noch eine Frage.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** „Eigene“ hieß deutsche, würde ich noch fragen. Ich habe das eben nicht - - Mit „eigene“ meinen Sie deutsche?

**Zeuge H. H.:** Damit meine ich meine eigenen Mitarbeiter an der Residentur, an der Außenstelle, alle Internationalen und das für uns beschäftigte Personal.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay. - Entschuldigung. Ich wollte das nur präzisieren, weil das nicht - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann hätte ich noch eine Frage. Die Bundesrepublik



## Nichtöffentlich

teilt ihre Intelligence-Informationen mit anderen Diensten und andersrum auch, allerdings nicht alles mit jedem - zum Glück. Wie und an welcher Stelle wird entschieden, mit wem man was - - also, ob ein bestimmter Schnipsel sozusagen - - mit welchem Kreis der geteilt wird?

**Zeuge H. H.:** Also, man kann davon ausgehen, dass die Nachrichtendienste aller truppenstellenden Nationen ein ureigenstes Interesse haben an genau dem, was ich Ihnen als Force und Mission Protection beschrieb. Und insofern ist dort ein möglichst einheitliches, ein möglichst ganzheitliches Lagebild zu generieren - letztendlich hatten ja alle die gleiche Zielsetzung -, ist da keine großartige Gewichtung zu erkennen. Aber Nachrichtendienste funktionieren nach dem Do-ut-des-Prinzip. Das bedeutet natürlich, dass wir dort schauen, was wir geben können, wo wir von anderer Seite etwas bekommen. Das ist das nachrichtendienstliche Geschäft.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber ganz konkret: Sie sagen jetzt: Wir gucken dann. - Wer guckt denn dann? Also, wer entscheidet das, ob ein bestimmter Schnipsel zur Verfügung gestellt wird an alle Resolute-Support-Nationen oder nur für die interne Verwendung genutzt wird?

**Zeuge H. H.:** Das entscheidet die Auswertung.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also eine drüber.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt sind wir am Ende der Fragemöglichkeiten für die Grünen und wechseln zur AfD.

**Stefan Keuter (AfD):** Guten Abend, Herr H.! Wissen Sie, ob die USA im Zuge des Doha-Abkommens den Taliban deutsche Standorte, deutsche Informationen zur Verfügung gestellt haben und, wenn ja, ob die Bundesregierung diesen Vorfall kannte?

**Zeuge H. H.:** Kann ich keine Aussage zu treffen.

**Stefan Keuter (AfD):** Gar nicht oder nicht in diesem Format?

**Zeuge H. H.:** Liegen mir keine Informationen vor.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Was können Sie uns über das während des Untersuchungszeitraums zu beobachtende Verhältnis zwischen al-Qaida und Taliban sagen? Sie waren ja sehr nah dran.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wünscht die Bundesregierung das Wort? - Bitte schön.

**ORR Michael Steppan (BKAm):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir würden gerne vorschlagen, das in eingestufte Sitzung - - dazu auszusagen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay. Dann stellen wir die Frage hier zurück.

**Stefan Keuter (AfD):** Nee, ungerne, weil dann, wenn wir es in eingestufte Sitzung haben, können wir das nicht verwerten. Und wir sitzen ja hier gerade mit dem Auftrag eines Verfassungsrangs, diese Informationen für die Öffentlichkeit auch zugänglich zu machen, jedenfalls weitestgehend. Und da haben wir schon ein gewisses Aufklärungsinteresse, dem wir auch nachkommen möchten. Wir haben exakt diese Frage ja vielen anderen Zeugen auch gestellt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, darf ich darauf hinweisen, dass ich eben das als Antrag wahrgenommen habe? Und die Bundesregierung ist dazu berechtigt, das in dieser Form zu tun, wenn eine Frage gestellt wird, und dagegen können wir juristisch auch vor- -

Über diesen Antrag müsste dann entschieden werden. Das müsste dann hier abgestimmt werden. Insofern brauchen wir da nicht argumentieren, sondern die Bundesregierung hat jetzt den Antrag gestellt, und dann müsste darüber im Zweifelsfall befunden werden, ob wir dem folgen wollen oder nicht, wobei ich vorschlagen möchte: Falls wir dem so nähertreten, würde ich vorschlagen, das sozusagen zu sammeln und am Ende dann aufzurufen und nicht jetzt in der Reihenfolge.



## Nichtöffentlich

(Sara Nanni (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Ich habe  
noch VS-NfD!)

Gibt es da noch Aussprachebedarf? - Bitte, Herr  
Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wir sind jetzt ja  
das erste Mal in einer solchen Situation bei die-  
ser Befragung, die uns künftig begegnen wird.  
Deswegen würde ich schon sagen, dass man viel-  
leicht einfach noch mal kurz drüber nachdenkt,  
wie wir damit umgehen wollen. Mein Vorschlag  
wäre jetzt an alle Kolleginnen, dass wir uns zu-  
nächst vielleicht darauf verständigen, dass in ein-  
gestufter Sitzung diese Frage gestellt wird und  
wir abhängig machen vom Inhalt der Antwort, ob  
wir im Einvernehmen mit der Bundesregierung  
eine Rückstufung vornehmen und gegebenenfalls  
das dann auch in den Bericht mit aufnehmen  
könnten. Also, das finde ich eigentlich praktikab-  
ler für den Verlauf der Vernehmung, also dass  
wir uns jetzt vielleicht erst mal darauf verständi-  
gen: Wir fragen es eingestuft und beurteilen dann  
hinterher an der Antwort - weil an der Frage  
kann man, glaube ich, nicht viel erkennen, son-  
dern an der Antwort kann man erkennen, ob eine  
Einstufung erforderlich ist - bzw. entscheiden  
dann anhand der Antwort, ob wir die Einstufung  
aufrechterhalten oder im Einvernehmen mit der  
Bundesregierung rückstufen. Ich weiß nicht, ob  
das praktikabel ist. Aber ich hielte das für den  
Vernehmungsfluss eigentlich für die bessere Lö-  
sung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Passt eigentlich  
auch zu der Absprache, die wir getroffen haben,  
dass wir das ein bisschen uns angucken wollen,  
wie das läuft, als wir über die Frage gesprochen  
haben, dass einerseits die Person geschützt wird,  
aber andererseits wir uns die Inhalte angucken.  
Das scheint mir sinnvoll zu sein. - Herr Kollege  
Nürnberger.

**Jörg Nürnberger** (SPD): Das würde aber den ge-  
schätzten Kollegen der AfD nicht daran hindern,  
jetzt noch die Fragen zu stellen, die nicht einge-  
stuft sind.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, das ist richtig.  
Dazu kämen wir sofort, wenn wir befunden ha-  
ben. Aber die Zeit haben wir angehalten, und  
wenn das Wort weiter nicht gewünscht wird,  
würde ich zunächst mal abstimmen lassen wol-  
len über den Antrag, wer dem so folgen kann.

(Der Vorsitzende berät sich  
mit dem Ausschusssekreta-  
riat)

Okay, die Frage wird zurückgestellt. Dann brau-  
chen wir jetzt darüber noch nicht abzustimmen,  
genau. Dann stellen wir die Frage jetzt zurück  
mit der Maßgabe, dass wir das Verfahren so wäh-  
len, wie Kollege Röwekamp das - - Bitte schön.

**LR I Christian-Hendrik Heusermann** (BKAmt):  
Aus unserer Sicht ist das nicht ideal, das Verfah-  
ren; denn der Zeuge antwortet ja in der An-  
nahme, dass das eine eingestufte Sitzung ist. Und  
danach dann noch damit rechnen zu müssen,  
dass es doch nicht eingestuft ist, erscheint aus  
unserer Sicht nicht ideal. Vielleicht könnte man  
sich ja darauf einigen, dass er einen Teil der Ant-  
wort, der hier in offener Sitzung gesagt werden  
kann, hier sagt und den Rest dann eben in der  
eingestuften Sitzung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist auch eine  
Möglichkeit. Aber wir hatten uns verständigt, es  
im Einvernehmen zu machen, also nicht kontro-  
vers, sondern im Einvernehmen mit der Bundes-  
regierung das zu machen. Das war der Vorschlag,  
den Herr Röwekamp gemacht hat, und das  
scheint mir durchaus plausibel zu sein. Ich habe  
ja wahrgenommen, dass die Bundesregierung uns  
gegenüber erklärt hat, dass sie das Aufklärungs-  
interesse ausdrücklich teilt.

(Heiterkeit)

Insofern bin ich sehr optimistisch. So hat uns das  
der Chef des Bundeskanzleramts wörtlich wissen  
lassen.

Gut. Dann sind wir da erst mal klar davor, stellen  
die Frage zurück und fahren zunächst mal fort  
mit den Fragen der AfD.



## Nichtöffentlich

**Stefan Keuter** (AfD): Nächste Frage: Was wissen Sie über bezahlte Kommandeure der afghanischen Sicherheitskräfte, die von den Taliban bezahlt worden sind? Und sind Ihnen Vorfälle bekannt, wo Waffen und militärisches Gerät sowie Armeematerial durch Soldaten der ANDSF an die Taliban verkauft worden sind?

**Zeuge H. H.:** Also, wenn Sie fragen: „Was wissen Sie?“, ist es tatsächlich: „Was weiß ich?“ und nicht: „Was weiß der Dienst?“

Vielleicht an dieser Stelle der Hinweis noch mal: HUMINT ist nur eine Aufkommensart, und das heißt nicht: „Alles, was HUMINT ist, das weiß ich“ und: „Alles, was der Dienst weiß, weiß ich“, sondern das ist das, was mir zugänglich ist, und das, was ich erinnere.

Mir sind jetzt keine Vorfälle dieser Art konkret Erinnerung, wo ich sagen kann: In der Tat, das ist passiert. Aber ich schließe das nicht aus.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich würde da gerne noch mal den Hinweis geben - wir halten die Zeit mal bitte an -, dass von den Zeugen auch nur verlangt werden kann, dass sie ihr eigenes Wissen preisgeben und nicht Mutmaßungen anstellen, was der BND oder - - Das kann man den Präsidenten fragen, aber nicht Sie sozusagen. Sie können wir nur fragen, was Sie selbst wissen. Und dem galt ja auch die Belehrung vorhin. Insofern gilt das, was Sie eben als Formulierung verwendet haben, generell für alle Zeugen, dass Sie hier natürlich nur Ihr eigenes Wissen äußern können.

**Stefan Keuter** (AfD): Wie oft ist es Ihnen Erinnerung, dass es zu Innentäterangriffen in Ihrer Amtszeit in Afghanistan auf deutsche Soldaten oder ANDSF-Kräfte gekommen ist?

**Zeuge H. H.:** Auch da kann ich Ihnen keine konkrete Zahl benennen, die mir Erinnerung wäre. Also, auch das sind Vorfälle, die stattfanden. Wie oft in meiner Zeit, innerhalb des Untersuchungszeitraums, das vermag ich zahlenmäßig nicht festzumachen.

**Stefan Keuter** (AfD): Ihnen sind aber solche Vorfälle bekannt.

**Zeuge H. H.:** Ja.

**Stefan Keuter** (AfD): Was können Sie uns über einvernehmliche Absprachen und Verbrüderungen zwischen ANDSF und Taliban während des Untersuchungszeitraums sagen?

**Zeuge H. H.:** Zumindest dass das ein Phänomen ist, was beobachtet werden konnte, aber auch ebenfalls nicht durch mich zahlenmäßig oder regional eingegrenzt werden könnte.

**Stefan Keuter** (AfD): Hatten Sie in irgendeiner Weise einmal den Eindruck, dass das Bundeskanzleramt gewisse Tatsachen aus Afghanistan nur ungerne zur Kenntnis nimmt? Wenn ja, welche waren das?

(Heiterkeit)

**Zeuge H. H.:** Auch das müsste man die Auswertung fragen.

**Stefan Keuter** (AfD): Was können Sie uns über den Kampf der von der Bundeswehr ausgebildeten Armeekorps der ANDSF berichten? Wie gut haben diese gekämpft? Und wie haben sie sich beim Abzug der NATO-Kräfte verhalten? Konnten sie den Taliban Verluste zufügen?

(Jörg Nürnberger (SPD): Die Frage kann der Zeuge nicht beantworten! Da war er nicht da!)

**Zeuge H. H.:** Also, ich kann Ihnen da nicht viel mehr sagen, als Ihnen aus der Presse bekannt sein dürfte, was den Einsatzwert der afghanischen Sicherheitskräfte angeht und was deren Erfolg angeht und deren Kampfkraft bei der kampflosen Übergabe von Kabul. Da sprechen, glaube ich, die Ereignisse für sich.

**Stefan Keuter** (AfD): Gut, dann soll es das für die Runde gewesen sein. Dann machen wir gleich weiter.



## Nichtöffentlich

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich habe die vorherige Frage zugelassen, die vorletzte Frage zugelassen, wobei man schon sagen muss: Das ist wahrscheinlich wirklich Geheim, was das Kanzleramt gerne oder ungern zur Kenntnis nimmt. Wie man das ermitteln soll, ist, glaube ich, schwierig zu beantworten.

Das Fragerecht geht an die FDP-Fraktion. - Herr Kollege Müller.

**Alexander Müller (FDP):** Vielen Dank. - Ich bin auch sehr dankbar, dass wir Sie heute dahaben, weil wir uns damit einem ganz zentralen Punkt nähern können, der unseren Untersuchungsauftrag betrifft. Denn am 15.08. ist Kabul von den Taliban erobert worden, und am 10.08., fünf Tage vorher, gab es eine Obleuteunterrichtung der Bundesregierung. Es wurden die Obleute des Verteidigungsausschusses damals informiert. Ich selbst war Teilnehmer dieser Unterrichtung. Und die Einschätzung der Bundesregierung am 10.08. war gewesen - so hat man es uns damals gesagt -: Die Taliban erobern jetzt auf dem flachen Land einige Regionen, einige Städte; aber der Fall Kabuls ist in diesem Jahr nicht zu erwarten; es ist fraglich, ob die Taliban es jemals wagen, auf Kabul überhaupt vorzugehen, weil das ein dermaßen krasses Blutvergießen geben würde, dass nach unserer Einschätzung der Gang auf Kabul unwahrscheinlich ist.

Das war die Einschätzung der Bundesregierung am 10.08. Und die Folgen sind klar. Die Folge war die panikartige Evakuierung der Botschaft Kabul am dem Wochenende vorher; die Folge war der Bundeswehreinsatz mit den Rettungsfliegern der A400M; und die Folge ist auch dieser Untersuchungsausschuss, der natürlich aufklären soll, wie diese katastrophale Fehleinschätzung damals zustande kommen konnte.

Und deswegen, bevor ich in Details gehe, noch mal die Frage - Sie haben es eben in ein, zwei Sätzen angedeutet -: Wie können Sie aus Ihrer Erinnerung heraus sich erklären, dass die Bundesregierung fünf Tage vor dem Fall Kabuls zu so einer katastrophalen Fehleinschätzung kam?

**Zeuge H. H.:** Jetzt bin ich zu diesem Zeitpunkt eben nicht mehr in Funktion gewesen, weder vor Ort noch als Referatsleiter LBB, sodass ich mutmaßen oder persönlich bewerten müsste.

**Alexander Müller (FDP):** Wie lange waren Sie denn in der Verwendung vor dem August 21?

**Zeuge H. H.:** Jetzt als Residenturleiter in Kabul? - Seit 02.09.20.

**Alexander Müller (FDP):** Bis? 29.02. - -

**Zeuge H. H.:** Bis Mai 21.

**Alexander Müller (FDP):** Bis Mai 21. Können Sie sich denn aus dieser Zeit heraus - da haben Sie ja auch Meldungen nach Berlin gemacht -, können Sie sich aus dieser Zeit Ihrer Verwendung vor Ort erklären, wie die Bundesregierung zu so einer Einschätzung kam?

**Zeuge H. H.:** Also, in dieser Zeit waren diese Parameter in dieser Form nicht vorhersehbar. Es sind aus meiner Erinnerung heraus und auch aus der nachträglichen Lektüre heraus Faktoren benannt worden seitens des Dienstes, die dazu führen, dass bestimmte Prognosen schneller oder kurzfristiger eintreten können. Es wurden sogenannte Kippunkte definiert, die zum Tragen kommen müssen, dass sich halt bestimmte Prognosen, die der Dienst getroffen hat, verwirklichen.

In einer Phase, als ich noch vor Ort war, gab es Anzeichen, gab es Tendenzen, gab es eine zunehmende Raumkontrolle durch die Taliban. Aber zu diesem Zeitpunkt gab es eben noch keine - in kurzer Folge - Aufgabe von Provinzhauptstädten oder ganzen Provinzen. Das ist eine Dynamik, die exponentiell entstand, und zwar eben nach Mai 2021.

**Alexander Müller (FDP):** Darf ich fragen, in welcher Verwendung Sie Mitte August 21 waren?

**Zeuge H. H.:** Mitte August 21 war ich im Erholungsurlaub, also offiziell - -



## Nichtöffentlich

**Alexander Müller (FDP):** Bitte, akustisch - - In welchem Urlaub?

**Zeuge H. H.:** Da war ich im Erholungsurlaub.

**Alexander Müller (FDP):** Erholungsurlaub. Aber Sie hatten doch eine Verwendung, während Sie im Urlaub waren, einen Vertrag oder irgendeinen Dienstposten, auf dem Sie waren.

**Zeuge H. H.:** Man ist auf einem Dienstposten, aber die Dienstgeschäfte sowohl als Leiter der operativen Führungsstelle waren übergeben zum Dienstantritt in Kabul, und die Dienstgeschäfte der Leitung der Residentur in Kabul waren übergeben im Mai.

**Alexander Müller (FDP):** Und Ihr Dienstposten war?

**Zeuge H. H.:** Man ist so lange auf einem Dienstposten gebucht, bis man versetzt ist. Das heißt aber nicht, dass man die Dienstgeschäfte noch führt, nachdem eine Übergabe stattgefunden hat.

**Alexander Müller (FDP):** Das heißt, Sie waren formal noch auf dem Posten, aber haben Ihre Arbeit übergeben und hatten noch keine neue Verwendung, wenn ich das richtig verstehe.

**Zeuge H. H.:** Das nennt sich bei uns vorübergehende Dienstleistung. Das ist - ich weiß nicht, ob es das in anderen Häusern ähnlich gibt -, wenn man eine Verwendung abgeschlossen hat, einen neuen Dienstposten noch nicht avisiert hat, aber schon eine neue Tätigkeit wahrnimmt. Und meine neue Tätigkeit war, wie erwähnt, ab September, ab Ende August die Funktion als Point of Contact für die Innenrevision - - war ich damit eben nicht mehr in Funktion, weder für die Residentur noch für die operative Beschaffung Afghanistan.

**Alexander Müller (FDP):** Was haben Sie denn zwischen Mai und Mitte August gemacht? War das durchgehend Urlaub?

(Heiterkeit)

**Zeuge H. H.:** Das ist korrekt. Und das kommt vor, wenn man Urlaub im dreistelligen Bereich nach so einer Phase vor sich herträgt und wissend, dass man danach eine Folgeverwendung antritt.

**Alexander Müller (FDP):** Okay. - Wie haben Sie denn in der Phase, in der Sie auf Posten vor Ort waren, Informationen gewonnen, um eben so ein Lagebild nach Berlin geben zu können? Können Sie uns das beschreiben? Vielleicht können Sie unter VS-NfD - - Nee, nee, wir sind ja noch nicht unter VS-NfD, wir sind ja nicht eingestuft.

Können Sie uns da überhaupt was dazu sagen? Oder ist das alles Geheim, wie Sie an Informationen ran gekommen sind? Damit wir uns ein Bild drüber machen können, wie die Bundesregierung zu so einer Einschätzung kommen konnte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie wünschen das Wort?

**LR I Christian-Hendrik Heusermann (BKAm):** Gerne, danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte schön.

**ORR Michael Steppan (BKAm):** Diese Fragestellung betrifft ziemlich unmittelbar den ND, nachrichtendienstliche Methodik, und wir würden daher diesbezüglich bitten, das nur in eingestufter Sitzung zu beantworten und darauf einzugehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. Das stellen wir jetzt auch noch zurück.

**Alexander Müller (FDP):** Habe ich noch Zeit, oder?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, ja. Bitte.

**Alexander Müller (FDP):** Okay. Dann frage ich mal so rum: Hatten Sie Quellen bei den Taliban? Ich probiere es mal. Wenn Sie es einstufen müssen, müssen Sie es halt sagen.

**ORR Michael Steppan (BKAm):** Das stufen wir ein.



## Nichtöffentlich

(Heiterkeit)

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch** (FDP): Ich habe noch eine wahrscheinlich nicht eingestufte Frage, und zwar: Wie wird denn eigentlich aus den Dingen, die Sie an Informationen beschaffen, und denen von anderen Ressorts ein einheitliches Lagebild erstellt in der Bundesregierung? Findet da eine Konsolidierung von Lagebildererstellung statt? Oder gibt es unterschiedliche Lagebilder? Könnten Sie dazu vielleicht was sagen? Das muss jetzt gar nicht auf Afghanistan bezogen sein, sondern kann auch allgemein sein.

**Zeuge H. H.:** Ob es unterschiedliche Lagebilder zwischen Bundesregierung und Bundesnachrichtendienst gibt?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch** (FDP): Ja, zum Beispiel zwischen dem Verteidigungsministerium und dem BND oder dem Auswärtigen Amt und Ihnen. Wird das irgendwo konsolidiert? Oder wie ist da der Prozess? Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge H. H.:** Also, diese Lagebilder werden natürlich für die Bundesregierung zusammengetragen; denn mit unterschiedlichen Lagebildern zu arbeiten, ist halt schwierig.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch** (FDP): Aber was ist die Einheit dafür, die das zusammenführt? Also, sind Sie das? Also, ist es der Nachrichtendienst? Oder gibt es da irgendwo noch eine andere Stelle, wo diese verschiedenen Quellen, also eben - - Das Verteidigungsministerium macht ja auch Lageerstellung. Und wo fließt das alles zusammen?

**Zeuge H. H.:** Also, ein Gremium dafür ist die wöchentlich tagende ND-Lage im Bundeskanzleramt.

**Alexander Müller** (FDP): Wenn wir noch Zeit haben, würde ich fragen - - Nee?

Wen können wir denn befragen - geht das aus der Aktenlage hervor? -, wenn wir wissen wollen, wer zwischen Mai und August während Ihres Urlaubs die Bundesregierung über die Lage in Afghanistan informiert hat? Denn wenn wir es

von Ihnen nicht erfahren, müssen wir ja wissen, wen wir ansonsten befragen können. Haben Sie Initialen?

(Heiterkeit)

**Zeuge H. H.:** Er ist auf der Liste.

**Alexander Müller** (FDP): Okay, gut.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. Dann wechselt das Fragerecht zur Frau Kollegin Büniger.

**Clara Büniger** (DIE LINKE): Ich würde vielleicht an den Komplex noch mal anschließen, den Frau Dr. Jurisch gerade angesprochen hatte bezüglich der Lageeinschätzung. Ich versuche es noch mal anders, ein bisschen anders zu fragen. Und zwar hat es ja im Nachhinein dann Kritik gegeben an der bestehenden Lageeinschätzung. Und deshalb meine Frage an Sie, ob vor, also zur Zeit Ihrer Verwendung noch vor Ort - - ob es da mal, sage ich mal, Auseinandersetzungen in Bezug auf die Lageeinschätzung gab oder ob das immer einmütige Beurteilungen waren. Also, waren immer alle zufrieden mit Ihren Lageeinschätzungen?

**Zeuge H. H.:** Letzteres ja. Also, Sie meinen jetzt: Wo gab es unterschiedliche - - Oder wo sahen Sie Konflikte zwischen welchen Häusern oder welchen Stellen? Das habe ich nicht - - Können Sie das noch mal präzisieren?

**Clara Büniger** (DIE LINKE): Ob die Lageeinschätzung immer einmütig war oder ob es da unterschiedliche Positionen gab bei den Lageeinschätzungen, also ob zum Beispiel - wir haben auch schon andere Personen hier befragt - die Bundeswehr manchmal eine andere Einschätzung hatte als Sie.

**Zeuge H. H.:** Auch das kam vor. Insbesondere, wenn ich ein Feld heranzuführen kann, ist das sicherlich das Thema „afghanische Sicherheitskräfte“, dass wir dort durchaus - - Und das erinnere ich, ohne es jetzt an einem konkreten Vorfall festzumachen, dass bestimmte Einschätzungen, insbesondere was den Einsatzwert afghanischer Sicherheitskräfte angeht - - es da durchaus mal unterschiedliche Auffassungen gab.



## Nichtöffentlich

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Können Sie das ein bisschen konkretisieren, was der Einsatzwert - - also wo da die unterschiedliche Beurteilung lag?

**Zeuge H. H.:** Also, ich kann sagen, was der Einsatzwert ist. Einsatzwert ist zum einen die Kampfkraft. Es ist aber auch die Moral, das ist der Ausbildungsstand, also all das, was ich eben nicht nur als Manpower habe, sondern was den Einsatzwert eines militärischen Elementes tatsächlich ausmacht.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Und was hat dann Ihre Position von der der Bundeswehr unterschieden?

**Zeuge H. H.:** Also, das sind Dinge, die sind mir im Einzelnen nicht erinnerlich. Aber das weiß ich noch, eben in der Retrospektive sozusagen, dass es da durchaus mal unterschiedliche Einschätzungen gab. Aber dass ich das jetzt konkret benennen kann, zu welchem Zeitpunkt und zu welcher Einheit, das vermag ich nicht mehr zu erinnern, zumal, wie gesagt, ich da auch nicht die Informationshoheit habe, sondern das ist etwas, was tatsächlich in der Auswertung zusammengetragen wird.

Und mein Schwerpunkt oder der Schwerpunkt der Aufklärung war nicht in dieser Phase - - Nein, das muss ich korrigieren. Die afghanischen Sicherheitskräfte sind natürlich auch interessant gewesen oder standen auch auf unserer sogenannten Target List, ohne das jetzt wörtlich zu verstehen, also ein Aufklärungsziel.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Eine letzte Frage noch: Wenn Sie jetzt zum Beispiel da Informationen erlangt haben und die auf Ihrer Target-Liste standen: Muss ich das dann so verstehen, dass Sie dann eine andere, vielleicht sogar bessere Einschätzung haben konnten als die Bundeswehr, die vielleicht nicht auf HUMINT zurückgreifen konnte?

**Zeuge H. H.:** Also, ich kann nicht sagen, ob das besser oder schlechter ist. Letztendlich ist auch das Vorhalten von anderslautenden Informationen wichtig für eine Gesamtbewertung des Zustands oder des Einsatzwerts von Streitkräften.

Also, wir sprechen hier von der Lage Grün. Das ist militärischer Jargon. Wir haben blaue Kräfte; das sind die multinationalen. Wir haben Rot; das sind die Taliban. Und wir haben die Kräfte Grün; das sind die afghanischen Sicherheitskräfte gewesen. Und alle Faktoren spielen eine Rolle, um militärisch relevant eine Entscheidung herbeizuführen. Insofern sind alle Faktoren zu beleuchten.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Also haben Sie die als geringerkräftig eingestuft.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt müssten wir dann aber doch das Fragerecht wechseln. - Sie können die noch beantworten, bitte.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Ob Sie die dann als geringerkräftig eingestuft haben.

**Zeuge H. H.:** Also, ich vermag nicht zu sagen - weil, wie gesagt, dafür bin ich nicht zuständig; das obliegt der Auswertung -, ob es dort ein grundsätzliches, ein dauerhaftes unterschiedliches Einschätzen gab. Aber punktuell ist mir das erinnerlich, dass wir Dinge, dass wir Fähigkeiten, dass wir Fertigkeiten und Einsatzwert von afghanischen Sicherheitskräften bisweilen kritischer bewertet haben, so wie mir das noch in Erinnerung ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke sehr. - Dann wechselt das Fragerecht - wir gehen in die zweite Runde - an die SPD-Fraktion.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich darf den Ball zurückspielen an den Herrn Vorsitzenden, der gerne auch eine Frage stellen möchte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das möchte ich in der Tat tun, und zwar komme ich zurück auf die Frage des Kollegen Müller. Der hat ja eine Frage gestellt, die eine der Leitfragen ist, die der Deutsche Bundestag uns aufgegeben hat herauszufinden, wenn Sie sich den Untersuchungsauftrag angucken, und zwar, wie es zu dieser Fehleinschätzung kommen konnte, wenige Tage vor dem Fall Kabuls oder Afghanistans generell. Und Sie haben das beantwortet damit, dass da



## Nichtöffentlich

Ihre Zeit im operativen Bereich schon zu Ende war.

Jetzt würde ich gern mich der Frage mal von der anderen Seite nähern: Haben Sie im Zuge der Beschäftigung mit der Innenrevision, die diese Frage ja mit Sicherheit untersucht hat, Erkenntnisse gewonnen, sodass Sie uns eine Einschätzung übermitteln könnten, woran das gelegen haben kann, dass es zu dieser Fehleinschätzung gekommen ist? Denn das ist eine der zentralen Fragen, die der Untersuchungsausschuss zu untersuchen hat. Das hat das Parlament so beschlossen. Und Sie können uns das gern in einer Form sozusagen übermitteln, also die Frage so beantworten, dass da keine Probleme mit verbunden sind, wie Sie zu den Erkenntnissen gelangt sind. Mich interessiert schlicht die Schlussfolgerung, ob Sie am Ende die Frage von Herrn Müller beantworten können, wie das zu dieser Fehleinschätzung hat kommen können.

Herr Heusermann bzw. - -

**ORR Michael Steppan** (BKAm): Die Frage der Innenrevision, die vorgenommen wurde, ist sicherlich ein wichtiger Bestandteil auch des Untersuchungsgegenstandes. Aber nach unserer Erinnerung sind die fraglichen Unterlagen dazu eingestuft, und deswegen sind Fragestellungen dann auch in eingestufte Sitzung zu beantworten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung. Ich frage nicht nach den Inhalten von Dokumenten, sondern ich frage in der allgemeinsten Form nach dem, was ein zentraler Untersuchungsauftrag ist, den der Deutsche Bundestag uns mitgegeben hat. Der Frage sollen wir zentral nachgehen. Ich frage schlichtweg nach der Einschätzung; denn der Zeuge hat das ja vorhin beantwortet mit dem Hinweis, er könne dazu nichts sagen, weil er zu dem Zeitpunkt nicht mehr da war. Das war seine Antwort.

Jetzt frage ich nicht nach dem Zeitpunkt, sondern einem anderen Zeitpunkt der Befassung mit diesem Thema, aber ein Gegenstand, der in unserem Untersuchungszeitraum - - In so allgemeiner Form, ohne Bezug zu nehmen auf Dokumente,

finde ich, muss schon zulässig sein. Und deswegen würde ich gern die Frage noch mal wiederholen und Sie bitten, dazu zu antworten, Herr Zeuge.

**ORR Michael Steppan** (BKAm): Ja, einverstanden. Gerne.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke.

**Zeuge H. H.:** Jetzt muss ich leider noch mal fragen, ob Sie die Frage noch mal stellen können.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das tue ich mit großem Vergnügen. Ob ich das so gut kann wie der Kollege Müller, weiß ich nicht; aber seine Frage lautete im Wesentlichen, wie es sein kann, dass die Bundesregierung wenige Tage vor dem Fall Kabuls zu dieser Fehleinschätzung gekommen ist, die ja auf Berichten beruhte unter anderem auch des Bundesnachrichtendienstes. Das war die Frage nach Ihrer Einschätzung, wie es dazu kommen konnte. Da würde ich gerne Ihre Einschätzung nach bestem Wissen, was Sie haben, hören und eben nicht bezogen auf Ihre operative Tätigkeit dort. Da waren Sie nicht mehr; aber Sie waren ja anderweitig damit befasst. Das ist meine Frage.

**Zeuge H. H.:** Und die Fehleinschätzung, damit ist gemeint die zeitliche Dynamik der Ereignisse.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Richtig.

**Zeuge H. H.:** Denn ich kann aus meiner Erinnerung heraus und aus den Dokumenten, die im Nachgang ja für den Revisionsauftrag aufbereitet wurden, zumindest mal aus den Zuarbeiten erinnern, dass diese Fehleinschätzung man zwar de facto so benennen kann, aber dass doch zu einem relativ frühen Zeitpunkt signalisiert wurde, dass, wenn bestimmte Kippunkte erreicht sind, eben eine vormals langfristig getätigte Prognose hin zum Emirat 2.0 deutlich früher eintreffen kann. Und soweit mir erinnerlich ist, ist auch sehr dezidiert abgehoben worden, tatsächlich kurze Zeit vor Einnahme Kabuls, kampfflos, dass eine militärische Einnahme Kabuls innerhalb eines bestimmten Zeitfensters - und ich meine mich zu



## Nichtöffentlich

erinnern, 30 bis 90 Tage, die dort transportiert -- eher unwahrscheinlich ist.

Und „eher unwahrscheinlich“ ist eine Formulierung, die man wahrscheinlich nur verstehen kann, wenn man die Systematik der Wahrscheinlichkeiten der Berichterstattung verinnerlicht hat; denn es kann etwas eher wahrscheinlich sein oder eher unwahrscheinlich sein, aber trotzdem noch eine 50-prozentige Wahrscheinlichkeit haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die mathematischen Wahrscheinlichkeitsrechnungen sind mir weniger geläufig als anderen, will ich gern einräumen. Aber ich könnte mir vorstellen, dass, wenn ich für die Innenrevision zuständig wäre beim Bundesnachrichtendienst, mich die Frage massiv beschäftigen würde, ob, wenn der Zeitraum wenige Tage vor dem Eintritt des Ereignisses ist und das so weit auseinanderliegt, mir da allein der Hinweis auf die Wahrscheinlichkeitsrechnung sozusagen genügen würde. Ich könnte mir vorstellen, dass „Innenrevision“ heißen könnte, der Frage nachzugehen, woran das qualitativ gelegen haben könnte.

**Zeuge H. H.:** Selbstverständlich. Aber dann präzisiere ich: Ich war nicht zuständig, oder ich habe diese Innenrevision nicht geleitet, sondern ich habe schlichtweg zugearbeitet aus dem Regionalbereich; um das noch mal einzuordnen.

Und wie gesagt: Das sind Dinge, die mir Erinnerlich sind, die zum Nachdenken anregen, wo man sagt: Was ist tatsächlich transportiert worden, zu welchem Zeitpunkt, in welcher Form und mit gegebenenfalls auch Interpretationsmöglichkeit beim Empfänger oder beim Abnehmer? Also, das sind Dinge, die mir aufgefallen sind, ohne darüber eine Bewertung abgeben zu können, die für den Dienst steht oder gar für die Bundesregierung, sondern das sind Dinge, die halt im Zuge des Zusammentragens aller Faktoren, was sehr umfänglich erfolgt ist bei dieser Innenrevision, tatsächlich auch mir in Erinnerung sind. Aber das ist nicht der Einzige oder der Wichtigste, sondern das sind so Facetten, die mir Erinnerlich sind, wo ich nicht ausschließen kann, dass das

sicherlich Faktoren sind, die man darunter zusammentragen kann, aber wo ich jetzt nicht sage: Das war das -- Ich tue mich sehr schwer hier in der Gratwanderung zwischen: Was kann ich sagen? Was darf ich sagen? Was ist mir Erinnerlich? Also, insofern: Nehmen Sie das nicht als den alleinigen Grund dafür, dass es zu einer Fehleinschätzung der zeitlichen Dynamik kam.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Aber das macht uns Hoffnung, dass wir reichlich Ertrag haben, wenn wir die entsprechenden Akten anschauen. -- Dann geht das Wort an den Kollegen Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Meine Fragen haben vielleicht tatsächlich einen relativ nahen Zusammenhang mit den vorher vom Kollegen Stegner gestellten Fragen. Zur Wirksamkeit und zur Qualität Ihrer Arbeit liegt ja ganz eindeutig ein Schwerpunkt darauf, dass Sie Quellen haben, die zuverlässig sind und die für Sie zugänglich sind.

Ich möchte gern auf den Zeitraum nach dem Abschluss des Doha-Abkommens kommen. Mit diesem Abkommen war klar, dass die Bundeswehr mittelfristig aus Masar-i-Scharif abziehen wird. Der Leiter des Generalkonsulats dort -- den haben wir bereits als Zeugen gehört, das war der Herr Gregory Bledjian --, der hat am 2. März von den Folgen des Truppenabzuges für das Generalkonsulat berichtet. Das Ganze befindet sich in MAT A BND-3.56 VS-NfD, Blatt 51 bis 54. Die Mail wurde -- gehen wir mal davon aus -- auch an Sie weitergeleitet. Wir können es Ihnen gerne vorlegen. Ich glaube, das wäre sinnvoll. Da steht in dem letzten Absatz, der an H. adressiert ist, ein bestimmter Text. Vielleicht schauen Sie kurz rein, ob Sie dieser H. sind, soweit Sie sich erinnern können.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt -- Er  
und sein Rechtsbeistand  
lesen in diesen Unterlagen)

Also, im Moment geht es mir nur darum: Waren Sie der H., oder waren Sie es nicht? -- Ganz hinten im Dokument, bitte.

(Zuruf: Seite 52?)



## Nichtöffentlich

- Ich muss selber noch nachschauen.

**Zeuge H. H.:** Meinen Sie das „@ H...: für dich z.K.“?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ja.

**Zeuge H. H.:** Ist zu der Zeit, wo ich noch Referatsleiter LBB war und bin. Und der Adressat ist jemand, der zu diesem Zeitpunkt der Resident in Kabul war. Also, H. könnte ich sein. Oder da gehe ich von - - Das bin ich.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gut. - In dieser Mail geht es darum:

Seitens GPPT hier in Kabul wird eine Weiterführung des Projektes in M-e S ohne Bw und ohne GK kritisch bewertet - ggf. mit entsprechenden Folgerungen für den Stützpunkt. Weiterhin sollten wir frühzeitig mit LBA abstimmen, wie ein Wegfall der Informationsgewinnung im Norden (zumindest von vor Ort) dort gesehen wird. Auch sollte LBA eine Prognose bzgl. des anzunehmenden weiteren Interesses seitens der Abnehmer abgeben, um frühzeitig mögliche operative „Kompensation“ zu erwägen.

Können Sie uns hier die Hintergründe dazu näher erläutern? Was war das für ein Projekt in Masar-i-Scharif, und welche Auswirkungen hat das tatsächlich, wenn Sie die Arbeit an einem bestimmten Ort in Afghanistan einstellen, auf die Quellenlage für den BND vor Ort?

**Zeuge H. H.:** Sie meinen das Projekt, was jetzt im letzten Absatz erwähnt wird?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das Projekt ist in diesem Absatz, wo Sie sich gerade als Adressat bestätigt haben.

**Zeuge H. H.:** „Seitens GPPT hier in Kabul“, den meinen Sie, ne?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ja, genau.

**Zeuge H. H.:** Also, GPPT - German Police Project Team\* - ist etwas, wo sicherlich das BMI was zu sagen kann. Das ist kein Projekt des Bundesnachrichtendienstes, sondern eine polizeiliche Projektarbeit.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Bedeutet das am Ende, dass Sie dann diesen Absatz gar nicht verstehen konnten, weil Sie gar nicht wussten, was damit gemeint war?

**Zeuge H. H.:** Wieso? Ich habe Ihnen ja gerade erklärt, was GPPT\* ist.

**Jörg Nürnberger (SPD):** GPPT. Aber mir geht es um das Projekt. Was ist mit diesem Projekt gemeint? „Weiterführung des Projektes“ - welches Projekt? Sie brauchen nur diesen Absatz anschauen.

**Zeuge H. H.:** Ich gucke mir mal in Ruhe den Gesamttext an, dann kann ich es auch einordnen.

(Der Zeuge liest in den ihm  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

Also, ich interpretiere dieses Projekt tatsächlich erst aus dem Kontext dessen, was drübersteht. Nämlich in dieser Phase, noch im März 2020, trugen wir uns mit Absichten, Baumaßnahmen einzuleiten abseits des bislang [REDACTED] und damit ist dieses Projekt\* vermutlich gemeint, also so, wie ich das hier trotz des Geschwätzten erkennen kann. Das ist ein Projekt, was wir in der Außenstelle betrieben haben, aber natürlich ohne Abstützung, mit Einklappen der Speiche, des - - Einstellen des GKs und Abzug der Bundeswehr eben nicht isoliert weiterbetreiben wollten und konnten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie dann auch den zweiten Teil meiner Frage beantworten, was die Einstellung der Aktivitäten in Masar-i-Scharif für Auswirkungen auf die Quellenlage in Afghanistan hatte?

**Zeuge H. H.:** Also, genau Überlegungen wie diese, in Kombination mit den Truppenabzugsplanungen aus dem Doha-Abkommen, führten



## Nichtöffentlich

genau zu dieser Besprechung im April, die operative Koordinierungsbesprechung Afghanistan/Pakistan, um all diese Implikationen zusammenzutragen und zu schauen: „Wie schaffen wir es, trotz Abzug der Bundeswehr, unsere Informationen in Nordafghanistan oder Informationszugänge in Nordafghanistan zu erhalten?“, und zu schauen, wie wir die Quellen, die aus [REDACTED] herausgeführt wurden, anders anbinden, nämlich an einen zentralisierten Ansatz aus Kabul heraus.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es ist etwas kryptisch, wenn Sie von einem zentralisierten Ansatz sprechen. Können Sie das näher erläutern?

**Zeuge H. H.:** „Zentralisiert“ heißt, ähnlich wie bei der Bundes- - oder wie bei den nationalen, multinationalen Truppenstellern auch: Einklappen der Speichen und Konzentration in Kabul, also zentralisiert. „Kabul-centric“, das war ein militärischer Begriff, und das war auch ein nachrichtendienstlicher Begriff.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn ich mir dann vorstelle, dass Sie eine menschliche Quelle im Norden Afghanistans ansprechen wollen, mit dieser Quelle Informationsgewinnung betreiben wollen, wie kann ich mir vorstellen, dass das dann aus Kabul heraus funktioniert, wenn Sie die Person zwar nicht immer persönlich, aber doch häufig persönlich ansprechen müssen?

**Zeuge H. H.:** Das ist ND-Methodik.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Bitte?

**Zeuge H. H.:** Das ist ND-Methodik und nicht für diesen Einstufungsgrad.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann behalte ich mir die Frage für nachher vor. - Sie haben eine Besprechung im April erwähnt. Ich möchte auf eine Besprechung im März 2020 eingehen. Aus den Akten ergibt sich - und jetzt geht es hier um MAT A BND-3.54 VS-NfD, Blatt 28; da ist zumindest der Kalendereintrag zu finden - - wo es darum ging, wie der künftige BND-Einsatz nach Doha in Afghanistan organisiert werden soll. Vorsitzender

dieser Besprechung war der LB-Regionalbeauftragte. Können Sie mir zunächst erklären, wer der Regionalbeauftragte war und welche Funktion und Stellung er innerhalb von LB einnimmt und welche Aufgaben er hatte?

**Zeuge H. H.:** Habe ich das Dokument schon vorliegen?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das können wir selbstverständlich auch vorlegen.

**Zeuge H. H.:** Gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Und die Frage war, wer das ist und welche Funktion er innehatte? - Ja. Das ist - - Der Bundesnachrichtendienst war zu dieser Zeit in Abteilungen gegliedert, die Abteilung LB, zuständig für den Länderbereich B, in den Afghanistan, Pakistan fällt. Und der Regionalbeauftragte hat für den Abteilungsleiter den Schwerpunkt Einsatzgebiete der Bundeswehr im Regionalbereich der Abteilung B wahrgenommen, also im Prinzip der Vorgesetzte für die operativen und auswertenden Referate der Abteilung LB, also im Prinzip der - - Es gibt einen Abteilungsleiter LB und einen spezifisch für Einsatzgebiete in der Region B zuständigen Regionalbeauftragten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Kann man das mit etwas vergleichen, was in anderen Strukturen so eine Art Unterabteilungsleiter wäre?

**Zeuge H. H.:** Also, der - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Oder ist das eher operativ bezogen, also ohne administrative Aufgaben?

**Zeuge H. H.:** Nein. Das ist eher administrativ und organisatorisch, weniger fachlich. Also, es ist wie der Abteilungsleiter, jedoch mit einem begrenzten Aufgabenzuschnitt. Das ist der ständige Vertreter des Abteilungsleiters gewesen, der dem Abteilungsleiter, weil die Abteilung LB die Abteilung war in der Altstruktur, die halt den gesamten Krisenbogen dieser Welt abzudecken



## Nichtöffentlich

hatte - - sodass man sich diesen Teil aufgeteilt hat. Es gab zusätzlich eben einen Regionalbeauftragten. Gab es auch nur in dieser Abteilung, in keiner anderen Abteilung, gerade vor diesem Hintergrund, weil dort alle Bundeswehreinsätze in der Abteilung LB mit bearbeitet worden sind.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Daran schließt sich jetzt für mich eine sehr spontane Frage an. Aus dem, was Sie gerade schildern, war eine der Erkenntnisse, die man aus Afghanistan gewonnen hat, dass man die Strukturen des BND derart anpassen musste, um eben diese Schwerpunkte besser bearbeiten zu können, wenn man vorher hilfsweise sogenannte Regionalbeauftragte eingesetzt hat?

**Zeuge H. H.:** Also, ich glaube schon, dass wir das mit unserer neuen Struktur geheilt haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** War es vorher ein Defizit?

**Zeuge H. H.:** Also, ich glaube, es war hier eher ein Add-on, weil wir hier wirklich einen massiven Kräfteansatz, auch innerhalb des Dienstes, auf dieses Schwerpunktland Afghanistan - - Also, es war eher hilfreich, hier zusätzlich jemand zu haben, der sich auf diese Region konzentriert und eben nicht auf den gesamten Krisenbogen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Waren Sie bei dem Treffen am 20. März persönlich dabei?

**Zeuge H. H.:** Das ist mir nicht Erinnerung, aber ich gehe davon aus. Ich stehe auf der Einladungsliste. Und wenn ich nicht wieder im Urlaub war,

(Heiterkeit)

werde ich da gewesen sein.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das weiß vielleicht der Kollege Müller besser als ich.

(Heiterkeit)

Wenn Sie dabei waren und das auch nicht ausschließen, können Sie uns auch über den Inhalt

dieses Treffens berichten, zumindest dann später in vielleicht eingestufte Sitzung?

**Zeuge H. H.:** Im Zweifel ist das der Vorläufer dessen, was ich dann federführend im April durchgeführt habe. Dieses Dokument mit dem entsprechenden Anhang ist letztendlich die Quintessenz all dieser Maßnahmen nach Doha, die Hinweise, die wir aus den Außenstellen bekamen, über was wir nachdenken müssen, was passiert, eben nicht nur, wenn die Bundeswehr abzieht. Wir sind so lange da, bis der letzte Deutsche draußen ist. Deswegen war für uns wichtig: Wie lang ist das Generalkonsulat geöffnet? Und solange dort noch irgendeine deutsche Institution ist, so lange ist auch der Bundesnachrichtendienst vor Ort.

Und wir haben sicherzustellen, dass gerade das Ganze auch reversibel sein muss; denn zu diesem Zeitpunkt war noch nichts klar. Es gab eine Absichtserklärung. Und Sie wissen selbst, wie lange es gedauert hat, bis man sich tatsächlich auf die konkreten Zeitlinien geeinigt hat und im Zweifel ja dann auch noch den vormals als wirklichen Endpunkt definierten 30.04. noch im April 2021 verlängert hat auf September.

Also, insofern mussten alle Überlegungen, die wir angestellt haben, ad hoc durchführbar sein, aber auf der anderen Seite jederzeit auch reversibel, je nach tatsächlichem Fortschritt oder je nach tatsächlichem Lagefortschritt der konkreten auch Truppenabzugsdurchführung, und nicht nur Planungsüberlegungen. Insofern war das hinreichend.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gut. - Eine allerletzte Frage: Vorhin haben wir uns über Human Intelligence unterhalten. Hatte das auch Auswirkungen, dieser Rückzug aus der Fläche in Afghanistan, auf die Möglichkeit, Signals Intelligence durchzuführen?

**Zeuge H. H.:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie uns das in nicht eingestufte Sitzung näher darstellen? Musste man sich mit den Gerätschaften zurückziehen? Wurde das auch in Kabul in einer der - -



## Nichtöffentlich

in der Nabe quasi, nach den eingeklappten Speichen in der Nabe fortgeführt?

**Zeuge H. H.:** Also, für bestimmte SIGINT-Erfassungsformen brauchen Sie einen Standort, von dem Sie den betreiben. Und wenn es den nicht mehr gibt, dann kann man dort den Sensor auch nicht mehr abbilden. Das heißt aber nicht, dass das gesamte Aufkommen wegfiel, weil es gibt taktische wie strategische SIGINT-Aufklärungsmöglichkeiten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann danke ich für diese Runde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann geht das Fragerecht an den Kollegen Erndl.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal anknüpfen an Ihre Aufgabe dann im Anschluss an die Phase vor Ort in Afghanistan. Sie sagten ja, Sie waren der Kontaktpunkt für diese Innenrevisionsprojekte oder für das -projekt. Haben Sie in dieser Aufgabe auch Fragenkataloge erstellt, die sozusagen dann an andere Stellen gingen und dann bei Ihnen wieder zurückkamen?

Und ich frage konkret: Es gibt ein Dokument MAT A BND-4.03 VS-NfD, Blatt 113 ff. Das ist ein Fragenkatalog, auch versehen mit dem Kürzel „H... H...“. Deswegen die Frage, ob der von Ihnen erstellt wurde. Das können wir zeigen, leider nur elektronisch, aber geht auch so.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt - Er und sein Rechtsbeistand lesen in diesem Dokument)

Auf der ersten Seite vor den Fragenlistungen kommt das vor. Der Kollege zeigt es noch mal. Aber das „H... H...“ müsste da auf Blatt 112 sein.

**Zeuge H. H.:** Ja. Also, das bin ich, in der Tat. Da steht auch die Bezeichnung „LB-POC-REVISIONSAUFTRAG“. Nur, diesen Fragenkatalog habe ich mir nicht ausgedacht, sondern da ich ja nicht der Leiter der Revision war, sondern der

Umsetzer für den Bereich LB, sind das die Fragen, die die Innenrevision eingesteuert hat in die Abteilung LB und ich weitergeleitet habe in die Fachbereiche der Abteilung LB zur Beantwortung.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Und die Antworten kamen dann bei Ihnen zentral wieder zurück.

**Zeuge H. H.:** Genau.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Das heißt, es gibt eigentlich schon eine detaillierte Analyse an Schwachstellen, Fehleinschätzungen, die wir dann in einer eingestuften Sitzung auch besprechen können?

**Zeuge H. H.:** Zumindest mal, soweit sie mir erinnernlich sind. Aber genau das war ja das Ziel dieses Revisionsauftrages, nämlich BND-intern zu prüfen, was tatsächlich dazu geführt hat, dass man diese Dynamik nicht vorhergesehen hat. Und da liefert dieser Bericht und da liefern die Antworten der Fachbereiche durchaus Hilfestellung, zu erkennen, was Optimierungspotenzial besitzt.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Und das wurde dann auch in einem zentralen Bericht zusammengefasst? Schon auf Ihrer Ebene wurden die Antworten zusammengefasst, oder wie darf ich mir das vorstellen?

**Zeuge H. H.:** Nein. Ich habe zugearbeitet. Also, so wie ich der PoC für die maßgebliche Abteilung LB für Afghanistan war, gab es andere PoCs also an anderen Stellen, weil es geht ja nicht darum: „Wie bewertet sich die Abteilung LB selbst?“ - das wäre nicht wirklich ein weiterführendes Ergebnis -, sondern es bedarf der externen Kontrolle. Deswegen war die Revision auch an der Leitung festgemacht, organisatorisch.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gut. Wir - -

**Zeuge H. H.:** Aber genau wie es Zuarbeiten aus der Abteilung LB gab, gab es Zuarbeiten aus der Abteilung TE, aus der TA, also all denen, die mit der Afghanistan-Bearbeitung beschäftigt waren, und alle damit aufgefordert wurden, anhand von



## Nichtöffentlich

sehr dezidierten Fragestellungen zu schauen: „Zu welchem Zeitpunkt haben wir was gewusst? Wie ist es transportiert worden? Ist alles bedacht worden?“, um genau dieser Frage sich zu nähern, die ausschließlich auf diese Fragestellung abhob, also: Was führte dazu, dass wir diese zeitliche Dynamik, die zum Fall Kabuls führte, nicht hinreichend früh genug prognostiziert haben?

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Okay. - Dann gehen wir davon aus, dass wir auch die entsprechenden Antwortdokumente durch den BND übermittelt bekommen haben, und müssen da an anderer Stelle sozusagen auch noch mal ins Detail gehen.

Ich komme noch mal auf einen anderen Bereich zurück. Wir haben ja vorher auch schon gesprochen über Ihre Zeit in Kabul. Und mich würde sozusagen die Sicherheitslage interessieren, wie Sie und Ihre Mitarbeiter da untergebracht wurden und wie die Sicherung der Wohnungen stattgefunden hat und wie sich Ihre Bewegungsmöglichkeiten da im Laufe der Zeit auch verändert haben, möglicherweise wegen der Sicherheitslage.

**Zeuge H. H.:** Also, Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt Kabul waren vorhanden, aber natürlich limitiert. Wenn wir über die Sicherheitslage in Kabul sprechen, müssen wir tatsächlich schauen, zu welchem Zeitpunkt. Zu meinem Zeitpunkt, also doch deutlich nach Abschluss des Doha-Abkommens, war es ja auch ein Kriterium, zu dem sich die Taliban verpflichtet haben, nämlich Anschläge auf westliche Einrichtungen in Kabul, auf Ausländer, auf militärische Liegenschaften der Truppensteller eben einzustellen, und daran hat man sich gehalten.

Was in Kabul stattfand, war zu dieser Zeit vielmehr das sogenannte Targeted Killing, also das gezielte Töten von afghanischen Sicherheitskräften und Mitgliedern von GIROA, also Government of the Islamic Republic of Afghanistan. Das war eher das Bild in Kabul beherrschend. Es gab zu diesem Zeitpunkt, für mich nicht rememberlich, wirklich High Profile Attacks auf westliche Einrichtungen. Und Gleiches gilt ja auch für die Militärbasen, die es eben noch gab in der Fläche, es sei denn, sie waren genutzt durch afghanische

Sicherheitskräfte. Die sind nicht ausgeschlossen worden von Angriffen durch die Taliban im Doha-Abkommen.

Und wenn Sie die Sicherheitslage landesweit meinen - - Oder meinten Sie nur Kabul?

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Nein. Gern auch landesweit. Das wäre meine nächste Frage, ob Sie auch sozusagen außerhalb Kabuls operativ unterwegs waren, und auch die Frage, wie sich das möglicherweise verändert hat über den Zeitraum.

**Zeuge H. H.:** Also, soweit mir das rememberlich ist, ist zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens bereits die Sicherheitslage angespannt gewesen. Zu diesem Zeitpunkt - aus meiner Erinnerung heraus - kontrollierten die Taliban schon rund 40 Prozent der Provinzen. Und was man seitdem beobachtete, ist, dass man ja nicht mit Abschluss des Abkommens aufgehört hätte, sondern man hat ja genau dieses Bargaining betrieben, nämlich den Preis für die Verhandlungen, die ja dann in Doha stattfinden sollten, auch weiterhin hochzuhalten und damit die Geländegewinne nach vorne zu treiben.

Wenn wir noch im April bzw. im Februar 2020 - Doha - von 40 Prozent unter Einfluss der Taliban sprechen, waren es wenige Monate später schon 50 Prozent und im April 2021 rund 60 Prozent. Das macht deutlich, wie die Sicherheitslage auch landesweit erodiert ist.

Es macht ein Stück weit deutlich, wie sich die afghanischen Sicherheitskräfte auch entwickelt haben, die ja auch eine sehr herausfordernde Phase mit dem Doha-Abkommen durchführen mussten, nämlich zum einen völlige Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Unterstützung, wenn die multinationalen Streitkräfte abziehen, mitten in einem Umstrukturierungsprozess, hohe Abnutzung, geringe Rekrutierungszahlen, ausbleibende Gehaltszahlungen, Umstrukturierung und Fluktuation auf Führungsebene - also, das sind alles Faktoren, die für die afghanischen Sicherheitskräfte zum Tragen kamen -, Streit in der afghanischen Regierung; Sie wissen, Präsidentschaftswahlen Ghani/Abdullah, bis das geklärt war.



## Nichtöffentlich

Also, mehr an Unsicherheit für afghanische Streitkräfte konnte es eigentlich zu diesem Zeitpunkt gar nicht geben, weil alle Faktoren auf einmal kamen, neben Corona; aber das hat für die afghanischen Sicherheitskräfte noch die geringste Rolle gespielt.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Dann bleiben wir vielleicht gleich mal bei diesen politischen Betrachtungen auch. Also, wir haben ja hier auch festgestellt, dass das Doha-Abkommen und eben diese Unkonditioniertheit des Abzugs und ein festes Abzugsdatum sozusagen doch das Grundübel wahrscheinlich für diese Entwicklung war.

Aber es gab ja im Jahr 2020 US-Präsidentenwahlen. Und man hatte sozusagen mit einem Wahlsieg Bidens irgendwie verknüpft oder eine Hoffnung, dass damit auch eine Rücknahme der Abzugsentscheidung vielleicht verbunden ist. War das Gegenstand auch der Gespräche mit US-Kollegen, und wie hat sich sozusagen diese Hoffnung da ausgedrückt? Wie würden Sie sagen, wie die Planungslage da eben in diesem Zeitraum in Afghanistan war aufgrund dieser Erwartungshaltung? Hat man das sozusagen eingepreist, oder ist man da irgendwie auf Sicht gefahren? Was können Sie da zu diesen Fragen noch aus der Erinnerung heraus sagen?

**Zeuge H. H.:** Also, ich kann Ihnen meine Erfahrungswerte, Erinnerungen und auch Maßnahmen schildern und kann abermals verweisen auf die aus meiner Sicht richtungsweisende Besprechung im April und auch noch mal das wiederholen, was ich vorhin sagte: dass es bei diesen Planungen darauf ankam, diese auch reversibel gestalten und durchführen zu können. Das heißt, alle Planungsüberlegungen zum Einklappen der Speichen, zum Rückzug aus der Fläche und Zentralisierung in Kabul, das Anpassen des Quellennetzwerkes. Das mussten Dinge sein, die auch wieder zurückzudrehen sind, zum spätestmöglichen Zeitpunkt ausgelöst werden, aber gleichzeitig in die Lage versetzt zu sein, es eben wieder zurückzudrehen.

Das war die Planungs- und Durchführungsherausforderung, weil eben bis zum Schluss nicht klar war: „Wann klappen die Speichen ein?“

Wann müssen wir raus aus der Fläche?“, weil nicht klar war: Übernimmt Biden tatsächlich das, was unter Trump ausgehandelt worden ist? - Auch das ist ja erst Monate später überhaupt - - Doha war im Februar, US-Präsidentenwahlen waren im November. Biden hat das Amt, wenn ich mich richtig erinnere, im Januar oder Februar angetreten, hat dann geäußert, er will erst mal eine Review machen für das Doha-Abkommen, schauen, inwiefern man sich bis dato talibanseitig daran gehalten hat, was schwierig ist, wenn es nicht wirklich condition-based ist, mit klaren Konditionen.

Also, ein Höchstmaß an Unsicherheit: Was passiert denn überhaupt? Hält man sich an den Zeitplan über, sage ich mal, die Truppenreduzierung hinaus, die ja schon stattgefunden hat? Gibt es ein Folgemandat? Was sagen die NATO-Außenminister dazu, die danach ja erst, im März 21, sich schüttelten, weil die sich vorbehalten: Über die Speichen entscheiden wir.

Also, das sind alles Faktoren, die uns vor dem Hintergrund, dass wir Force und Mission Protection betreiben, die Informationsversorgung für die Bundesregierung sicherstellen müssen - - von vornherein eingepreist waren im Sinne von: Wir müssen in jeder Situation - ob Einklappen der Speichen, ob rechtzeitiger, zeitgerechter Truppenabzug oder nicht - in der Lage sein, diese Informationskanäle und -zugänge aufrechtzuerhalten.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Als dann sozusagen Klarheit herrschte und klar war, dass auch durch Biden keine Richtungsänderung mehr erfolgen würde, war da ein spürbarer Einbruch in der Moral, Kampfkraft, in den ganzen Fragestellungen, die Sie gerade geschildert haben, auch vernehmbar, auf der afghanischen Seite, aber letztlich auch bei allen Sicherheitsbe-

**Zeuge H. H.:** Das ist ja, glaube ich, das, was ich skizziert habe, was zu dieser Zeit, insbesondere ab Doha, dazu führte, dass mehrere Faktoren, gerade mit Blick auf den Einsatzwert der afghanischen Sicherheitskräfte, zum Tragen kamen. Aber das Entscheidende war ja die Implikation des Truppenabzugs, das Auf-sich-allein-gestellt-Sein,



## Nichtöffentlich

der Abzug von wirklich gefechtswertentscheidenden Kampfunterstützungsmaßnahmen, die von alliierter Seite kamen, also Stichwort „Luftnahunterstützung“, wo afghanische Sicherheitskräfte sicherlich in der Lage waren, Raum zu nehmen, aber eben nicht, Raum zu halten. Und das sind alles Faktoren, die schon zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens unsere Einschätzung bestätigt haben, dass die afghanischen Sicherheitskräfte ohne westliche Unterstützung nicht in der Lage sein werden, den Taliban militärisch standzuhalten. Also, diese Prognose und diese Einschätzung wurden dienstseitig relativ früh getroffen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Danke schön. - Ich möchte in den verbleibenden Minuten noch mal sozusagen ein neues Thema aufmachen, und zwar das Thema Ortskräfteverfahren. Sie waren - so geht es aus den Akten hervor - als Leiter der Residentur eben auch dafür zuständig, die Ortskräfte des BND zu betreuen. Und da vielleicht die Frage, für wie viel Ortskräfte Sie da zuständig waren.

Dann gleich noch eine Einordnungsfrage, ob eben aus Ihrer Sicht die Arbeit für den BND da auch eine entsprechende individuelle Gefährdung dargestellt hat, die sozusagen dann auch das Ortskräfteverfahren bedingt hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung hat sich gemeldet.

**ORR Michael Steppan (BKAm):** Vielen Dank. - Es tut mir leid, dass wir hier wieder intervenieren müssen. Die Frage der Anzahl sowohl von Mitarbeitern, aber auch von Ortskräften, die für den BND gearbeitet haben, betrifft letztlich die Arbeitsweise des BND vor Ort und ist deshalb aus unserer Sicht nicht in nicht eingestufte Sitzung zu beantworten. - Danke schön.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gut. - Dann können wir ja aber auf die zweite Frage eingehen: Tätigkeit für den BND. Ist das nach Ihrer Einschätzung sozusagen dann auch eine Gefährdung, die man berücksichtigen muss und diese Mitarbeiter als Ortskräfte im Verfahren dann letztendlich auch nach Deutschland holen muss?

**Zeuge H. H.:** Ich muss mich entschuldigen, weil ich gerade abgelenkt war. Den Anfang der Frage hatte ich jetzt leider nicht mitbekommen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Also, die Frage ist, ob sozusagen aus Ihrer Sicht die Arbeit für den BND, als Ortskraft für den BND eine ausreichende individuelle Gefährdung darstellt, um eine Ausreise nach Ortskräfteverfahren dann auch zu ermöglichen.

**Zeuge H. H.:** Also, dafür gibt es ja einen Kriterienkatalog, ein ressortgemeinsames Fact Sheet „Ortskräfte Afghanistan“, wo es ja genau darum ging, eine Einzelgefährdungsanalyse vorzunehmen, eben keine Pauschalbewertung zu treffen, sondern eine Einzelgefährdungsanalyse vorzunehmen. Und da sind wir nicht als Dienst Herrscher des Verfahrens, sondern wir führen diese Analyse durch. Wir befinden nicht über ein Ortskräftever- - oder auch über einen Antrag; das macht das BMI. Das AA befindet über die Visaerteilung.

Wir bereiten für unsere Ortskräfte diese Gefährdungsanalysen vor und treffen diese Einschätzung, die sich danach richtet, ob nicht nur eine latente Gefährdung vorherrscht wie für jeden, der für ausländische Einrichtungen in Afghanistan, also für die Ausländer, gearbeitet hat, sondern eine tatsächlich konkrete Gefährdungslage mit Bedrohung oder Sonstigem. Und danach, nach dieser Kategorisierung, richtet sich die Empfehlung, Ortskräfte in das Antragsverfahren zu bringen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gab es da innerhalb des BNDs unterschiedliche Meinungen und Auffassungen, wie die Gefährdungslage zu beurteilen ist?

**Zeuge H. H.:** Also, die konkreten Gefährdungslagen der Ortskräfte. Ja, da gab es natürlich, ich will nicht sagen: unterschiedliche Meinungen; aber es bedurfte in einer relativ frühen Phase eigentlich einer klaren Weisungslage, wie damit umzugehen ist. Wie Sie den Akten entnehmen können, sind wir relativ früh genau mit dieser Frage konfrontiert worden, nämlich mit der



## Nichtöffentlich

Schließung unserer Außenstelle in [REDACTED] im Oktober 2020, wo mit Bekanntgabe der Schließung dieser Außenstelle alle\* dort beschäftigten Ortskräfte den Finger gehoben haben und den Antrag gestellt haben, nach Deutschland zu kommen, zu einer Phase, wo sich sicherheitslagetechnisch noch gar nicht großartig was geändert hatte, aber der Arbeitgeber wegfiel und natürlich abgehoben wurde auf die daraus resultierende Bedrohungslage. Und das führte in einer relativ frühen Phase dazu, dass wir diese Einzelgefährdungsanalysen vorzunehmen hatten, nämlich nach den Maßgaben des BMI, und dann diese Kategorisierung vorgenommen haben. Ich kann aber das Ergebnis vorwegnehmen: Es sind alle rausgekommen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht geht zur Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das waren ja noch gute Nachrichten am Ende. Ich würde da direkt noch mal anschließen. Sie sagten gerade, Sie deuteten gerade an, dass es an einer Weisung dazu fehlte, wie damit umzugehen ist. Das ist ja auch klar. Das ist eine politische Entscheidung, wen man loyal sozusagen dann auch in den Schutz nehmen will von denjenigen, mit denen man gearbeitet hat. Wann kam denn die Weisung? Also, wann hatten Sie Klarheit im Verfahren bei den Ortskräften?

**Zeuge H. H.:** Sehr spät. Also, das war ja genau die Herausforderung: eine einheitliche Verfahrensweise, die eben nicht nur für unsere Ortskräfte gilt. Sondern unsere Ortskräfte sind in letzter Konsequenz Botschaftsbeschäftigte; die haben einen Botschaftsvertrag. Und da kann es auch nicht sein, dass man in [REDACTED] anders mit den Ortskräften umgeht als in [REDACTED] oder in Kabul, dass man in [REDACTED] nicht Verfahrensweise des Ressorts BMVg in Anspruch nimmt und an anderer Stelle der Individualfall- und Einzelfallgefährdungsanalyse nach Vorgaben BMI gefolgt ist. Und das war just diese Phase, wo man sich eben noch gar nicht so intensiv ressortübergreifend abgestimmt hatte, wie einheitlich zu verfahren ist. Sondern wir waren mit [REDACTED] eigentlich so ein Stück weit die Trigger, das anzustoßen, frühzeitig genau diese Fragen zu stellen.

Denn dieses OKV, also das Ortskräfteverfahren, ist ja nur eine Möglichkeit. Wir haben ja unsere - - Je nach Bedrohungslage und je nach Informationslage der betroffenen Ortskraft hat man Kenntnis von operativen Vorgängen, von operativer Methodik oder gar von Quellen. Dann ist das eine andere Gefährdungslage, und dann holen wir die mit anderen Möglichkeiten raus, als sie in ein Ortskräfteverfahren dieser Art einzuspeisen. Und das war zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben. Es gab keine konkrete Gefährdungslage, sondern es gab mit Bekanntgabe der Schließung der Außenstelle eine Anzahl X an Fingern, die gehoben wurde mit dem Hinweis: „Wir sind gefährdet. Wir wollen nach Deutschland“, ohne dass bis zum Vortag überhaupt jemand eine Gefährdungslage signalisiert. Also, es gab eine latente Gefährdung, aber keine konkrete.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Als Sie Ihre Verwendung in Kabul verlassen haben, war das zu dem Zeitpunkt so, dass Sie sagen würden: „Jetzt gibt es diese Weisung, und jetzt wissen wir immer genau, wie wir damit umgehen sollen“?

**Zeuge H. H.:** Bis zu meinem Weggang aus Kabul war noch nicht eine Ortskraft aus [REDACTED] durch das Verfahren und raus.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das heißt, die Klarheit hat sich dann auch erst nach Ihrer Verwendung vor Ort eingestellt?

**Zeuge H. H.:** Das war, wie gesagt, ein sehr langer Prozess und hat im Ergebnis dazu geführt, dass alle rausgekommen sind. Aber Klarheit und Klarheit für alle gleichermaßen und gleichzeitig gab es nicht. Es waren Ortskräfte aus [REDACTED] schon draußen, bevor [REDACTED] obwohl das die Ersten waren - - eben noch nicht draußen waren.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Danke. - Ich habe noch ein paar generelle Fragen; Sie haben dazu auch schon Schnipsel sozusagen geliefert. Ich frage trotzdem noch mal nach und bitte um eine strukturierte Antwort. Was war denn der Beschaffungsauftrag für Ihr Referat im Untersuchungszeitraum, und welche Schwerpunkte wurden da dann gesetzt?



## Nichtöffentlich

**Zeuge H. H.:** Hatten Sie das nicht schon mal probiert?

(ORR Michael Steppan  
(BKAm) und LR I Chris-  
tian-Hendrik Heusermann  
(BKAm) melden sich zu  
Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Doppelt die Hand. Aber wenn Sie vielleicht nicht im Chor - - sondern einer von Ihnen das Wort nimmt. Dann bitte.

**ORR Michael Steppan** (BKAm): Also, das betrifft eigentlich genau einen Bereich, der hier in dieser Sitzung nicht erörtert werden kann, nämlich der Inhalt eines Beschaffungsauftrages, das heißt, welche Schwerpunkte gesetzt werden. Das können wir hier an dieser Stelle nicht darlegen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist okay. Wir können schnell weitermachen. Das ist orange markiert; machen wir dann nachher. Ist natürlich schade, aber gut.

Dann habe ich noch eine Frage. Wir wissen aus vorherigen Befragungen, dass im November 2020 - das ist MAT A BKAm-3.40, Blatt 39 bis 44; das muss ich Ihnen auch nicht vorlegen; aber Sie haben es auch selber schon angesprochen - eine Machtergreifung der Taliban in Afghanistan einen Zusammenbruch des afghanischen Regierungsapparats und ein Emirat 2.0 als eine eher wahrscheinliche Option - - sah. Das wussten Sie dann ja auch im November 2020, weil es sogar aus Ihrer Feder kam. Haben Sie beobachtet, dass außerhalb Ihres eigenen Arbeitsbereiches in der Bundesregierung irgendwelche analytischen oder operativen Konsequenzen aus diesem projizierten Szenario gezogen wurden?

**Zeuge H. H.:** Also, es stammt nicht aus meiner Feder. Das ist Ausgangsberichterstattung unseres Hauses, die durch die Auswertung erstellt wird. Und da bin ich, glaube ich, der falsche Ansprechpartner.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber haben Sie aus Ihrer Position heraus - - Also, Sie

haben ja gerade sehr gut dargestellt, wie für Ihren Arbeitsbereich schon das Doha-Abkommen ein Trigger Point war, um sozusagen vor die Lage zu kommen und bestimmte operative Anpassungen zu machen. Das hätte ja auch für andere Bereiche der Bundesregierung ein Trigger Point sein können, spätestens aber mit der eigenen Einschätzung „Emirat 2.0“ drängt sich das sozusagen auf. Und dann wäre die Frage, ob Sie von Ihrem Posten aus bei anderen beobachtet haben, ob sich da auch Dinge verändern. Sie sind ja im stetigen Austausch auch mit den anderen Häusern gewesen. Also, während Sie quasi versuchen, vor die Lage zu kommen und umzubauen, beobachten Sie Ihre Kollegen aus den anderen Ressorts und stellen fest ...

**Zeuge H. H.:** ... dass die auch begannen, ihre Hausaufgaben zu machen. Ich gucke nach - - 9 Uhr. Natürlich sind Überlegungen zum Truppenabzug ein Trigger, die Truppe zu Überlegungen zu zwingen. Und das, was wir nachrichtendienstlich taten, fand natürlich auch auf militärischer Seite statt. Hier ist ja eigentlich ein \* ganz unsignifikanter Truppenkörper disloziert gewesen in Masar-i-Scharif, den man eben nicht von heute auf morgen abzieht. Sondern da müssen Überlegungen greifen, wie - - Aber wieso spreche ich für das BMVg?

Nur als Beispiel: Das BMVg musste die gleichen Überlegungen anstellen wie wir. Und das musste sogar im Einklang erfolgen, weil bestimmte Elemente derer, die operativ draußen waren, unmittelbar auch mit der Präsenz der Bundeswehr verknüpft waren: auf der einen Seite sicherstellen, dass die Truppe bis zum Schluss Informationen zur Force Protection erhält, aber gleichsam auch sicherstellen, dass man mit denen gemeinsam die Speiche einklappt.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Jetzt springen wir noch mal ein bisschen zum Thema Sprache. Wo wird eine Meldung übersetzt, wenn sie mit anderen Diensten geteilt werden soll? Also, wenn wir jetzt einen Sprachmittler haben, der Ihnen ins Deutsche übersetzt, sodass es dann noch mal übersetzt werden muss ins Englische, wo findet das statt? Welche Stelle macht das?



## Nichtöffentlich

**Zeuge H. H.:** Das ist im\* Mutterhaus.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Im Mutterhaus. Okay. - Dann habe ich noch eine Frage zu dem Informationen-Teilen mit anderen Diensten. Müssen die anderen Dienste aktiv die Information anfragen, oder arbeiten Sie das in eine Datenbank ein, auf der dann die Dienste, mit denen man das teilen möchte, das abrufen können?

**Zeuge H. H.:** Also, alle Anfragen werden tatsächlich archiviert und abgefragt.\*

(ORR Michael Steppan  
(BKAm) meldet sich zu  
Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung hat sich schon länger nicht zu Wort gemeldet.

(Heiterkeit)

**ORR Michael Steppan (BKAm):** Wir bewegen uns häufig in so einem Grenzbereich, der die grundlegende Arbeitsweise des Bundesnachrichtendienstes betrifft, der normal sehr sensitiv ist. Ich will vorsorglich gerne darauf hinweisen, dass vielleicht von konkreteren Darstellungen oder Fragestellungen, die konkretere Darstellungen dann auch betreffen, abgesehen wird. Wir bitten da sehr um Verständnis, weil das halt grundlegende Dinge sind, die die Arbeitsweise und die Methodik des Bundesnachrichtendienstes betreffen. Das ist häufig ein Grenzbereich. Aber wir regen an, das vielleicht zu verschieben auf die Geheim eingestufte Sitzung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay, gut. Das nehmen wir jetzt mal so zur Kenntnis.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie brauchen alle gar nicht immer so länglich intervenieren. Sie sagen einfach, dass es nicht geht, der Vorsitzende entscheidet, und dann machen wir weiter. Weil ich werde jetzt nicht mein Frageverhalten anpassen. Mit der Schere im Kopf fragt es sich schlecht, und der Teufel liegt häufig

im Detail. Und deswegen bleibe ich auch auf der Ebene. Das bitte ich zu verzeihen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Frau Kollegin, wenn ich sagen darf - Entschuldigung -: Erstens wird Ihre Zeit angehalten, und zweitens finde ich schon, dass es begründet werden sollte, weil wir ja nicht ohne Weiteres dem stattgeben. Wir haben ja vorhin auch uns gelegentlich - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, wenn die jedes Mal die Gleiche ist, dann Copy-and-paste fürs Protokoll.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist in Ordnung. Ich halte Ihre Zeit aber an; Ihnen geht keine Sekunde verloren.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Doch. Also, wir haben ja wahrscheinlich nur bis Mitternacht; deswegen haben wir schon ein Zeitproblem. - Gut. Ich frage noch mal eine andere Frage, und zwar geht es um die Systematik der Bewertungen. Es gibt unterschiedliche - - Also, wir sind in den Unterlagen in den vorherigen Befragungen immer schon darauf gestoßen, dass Begriffe benutzt werden wie „eher wahrscheinlich“, „sehr wahrscheinlich“, „wenig wahrscheinlich“. Es gibt aber auch neue Begriffe, was die Zuverlässigkeit der Quellen angeht, und Konzepte, die dahinterstehen und auch was die Bewertung einer Information angeht. Können Sie uns etwas über die ganz groben Konzepte, was sowohl die Einschätzung zur Zuverlässigkeit der Quelle angeht als auch zur Bewertung einer einzelnen Information - -

**Zeuge H. H.:** Also, das vermag ich nicht allgemein zu fassen. Das ist in der Tat ND-Methodik, wie tatsächlich Informationen und auch Quellen gesteuert werden mit diesen Kriterien, die Sie genannt haben.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann habe ich noch ein paar inhaltliche Fragen. Ich muss mal gucken, wie weit wir da kommen. Und zwar haben Sie gerade beim Kollegen ausgeführt, dass relativ früh klar war - ich zitiere -, dass die afghanischen Sicherheitskräfte dem nicht mehr standhalten können. „Relativ früh“,



## Nichtöffentlich

das ist so ein bisschen schwierig. Können Sie das noch mal präzisieren, ab wann Ihnen sozusagen klar war, dass - - oder ab wann Sie es für möglich gehalten haben, dass die afghanischen Sicherheitskräfte dem nicht standhalten, mit all seinen Konsequenzen?

**Zeuge H. H.:** Also, ich vermag es nicht zu erinnern, wann wir erstmals darauf hingewiesen haben, weil ich mich nur auf den Untersuchungszeitraum konzentriert habe. Und die Einschätzung zum Beginn des Untersuchungszeitraums - Doha - war bereits genau die Einschätzung, die ich Ihnen gegeben habe: dass die afghanischen Sicherheitskräfte ohne westliche Unterstützung den Taliban militärisch nicht standhalten werden.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das ist eine wichtige Information, die jetzt nicht so stark überrascht. Aber ja, ist auch egal. - Zur Frage noch mal: nachrichtendienstliche Verbindung und Quellen in Afghanistan. Sie hatten selber schon angeführt, dass Sie sich besseren Kontakt in die oberen Riegen der Talibanführung gewünscht hätten. Wie würden Sie grob Ihre Quellsituation im Umfeld Ghani und im Umfeld „afghanische Sicherheitskräfte“ bewerten? Nur so grob, wie Sie es gerade bei den Taliban gemacht haben.

**Zeuge H. H.:** Durchwachsen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt ist die Zeit abgelaufen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** See you later.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine Bitte wäre, dass wir mal für zwei Minuten unterbrechen, bevor ich das Wort weitergebe an die AfD, und ich die Obleute bitte, mal ganz kurz zu mir zu kommen.

(Unterbrechung von  
22.30 bis 22.37 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Zeuge, fühlen Sie sich in der Lage, die Sitzung fortzuführen? - Wir können fortführen. Das ist nett. Dann tun wir das.

Wenn mich nicht alles täuscht, geht das Rede-recht und Fragerecht jetzt zur AfD. Wir fahren in der Sitzung, so wie sie jetzt ist, fort. Ich will vorsorglich darauf hinweisen, dass sie, was immer wir jetzt weiterhin tun, um Mitternacht endet. - Die AfD hat das Wort.

**Stefan Keuter (AfD):** Was ist Ihnen über die Besteuerung, die sogenannte Talibanbesteuerung, von NGOs und Entwicklungshilfeprojekten bekannt, und können Sie sich vorstellen, dass in den talibankontrollierten Gebieten bereits vorher deutsches Geld an Taliban geflossen ist über den Weg der Talibanbesteuerung, Projektbesteuerung?

**Zeuge H. H.:** Ich glaube, auch das geht über den derzeitigen Einstufungsgrad der Sitzung hinaus.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich nehme das mal so zur Kenntnis, obwohl genau zu der Frage andere Zeugen in öffentlicher Sitzung, selbst mit Publikum, was gesagt hatten.

Nächste Frage: Was wissen Sie über von Taliban verübte Kriegsge- - Nein, Entschuldigung: Was wissen Sie über an Taliban verübte Kriegsverbrechen durch ANDSF-Kräfte?

**Zeuge H. H.:** Ist mir nicht rememberlich.

**Stefan Keuter (AfD):** Wissen Sie, ob Männer des afghanischen Nachrichtendienstes, die unter Ghani dienten, nun, also September 21, für die Talibanregierung tätig wurden?

**Zeuge H. H.:** Also unter Ghani dienten? Sie meinen, in afghanischen staatlichen Strukturen?

**Stefan Keuter (AfD):** Ja.

**Zeuge H. H.:** Also, meine Wahrnehmung ist oder war, dass es Schlüsselfunktionsträger gab, auch gerade im militärischen Bereich, die auch für die Taliban unverzichtbar sind.



## Nichtöffentlich

**Stefan Keuter (AfD):** Der Nachrichtendienst hat ja nun mehrere Mitarbeiter. Waren das einige Ausgesuchte Ihrer Wahrnehmung nach aus dem militärischen Bereich, oder ist die komplette Intelligence dann zu den Taliban, ich sage mal, übergelaufen?

**Zeuge H. H.:** Also, Letzteres nicht, also ganz im Gegenteil: Die, mit denen ich zusammengearbeitet habe, die haben alle das Land verlassen.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Im Untersuchungs- - Oder gegen Ende des Untersuchungszeitraums haben Medien verstärkt über die vermeintliche Bedrohung früherer Ortskräfte unter den Taliban berichtet und diese auch öffentlichkeitswirksam thematisiert. Ich habe so diese Wahrnehmung gehabt, dass über frühere Spitzenpolitiker, die ja dann auch unter den Taliban unbehelligt in Afghanistan gelebt haben - Karzai oder Abdullah - gar nicht berichtet wurde. Teilen Sie diese Auffassung, oder hatten Sie eine ähnliche Wahrnehmung?

**Zeuge H. H.:** Also, da liegen mir keine Kenntnisse oder Erinnerungen zu vor, dass ich das so wahrgenommen hätte oder im Nachgang so wahrgenommen hätte, dass man hier bestimmte Schichten verschont hat zulasten von Ortskräften. Das überblicke ich nicht.

**Stefan Keuter (AfD):** Haben Sie denn wahrgenommen, dass Karzai und Abdullah von den Taliban verschont worden sind?

**Zeuge H. H.:** Also, unter anderen Umständen hätten sie es wahrscheinlich im Land nicht weiter aushalten können, wenn sie nicht verschont gewesen - - wurden.

**Stefan Keuter (AfD):** Welche Erklärung haben Sie dafür, dass die verschont wurden?

**Zeuge H. H.:** Ja, ich versuche gerade zu überlegen, ob das mit dem Untersuchungsauftrag zu tun hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sehen Sie, das habe ich mich auch gerade gefragt.

(Heiterkeit)

Das ist schön, dass wir Übereinstimmung haben, ohne miteinander gesprochen zu haben. Ich finde, das ist - - Jedenfalls sind mir keine Fragen des Parlaments erinnerlich, die in die Richtung führen, der Frage nachzugehen.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. Ich habe meine Gründe, weshalb ich das frage. Aber ich möchte das zu dieser späteren Stunde jetzt nicht überstrapazieren. Ich mache mal weiter.

Was können Sie über die Rolle Hamid Karzais in der afghanischen Politik sagen? Ist es nicht verblüffend, dass er heute als ehemaliger Präsident, von den Taliban damals so vehement bekämpft, in Afghanistan als freier Mann lebt? Sie sind doch Kenner des Landes. Worauf führen Sie das zurück?

**Zeuge H. H.:** Also, das würde ich in die gleiche Kategorie einordnen wie zuvor.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut, dann wechseln wir die Richtung ganz.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nein. Also, mit der Uhrzeit wächst ja manchmal die Großzügigkeit. Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Warum der heute als freier Mann in Afghanistan lebt, hat mit unserem Untersuchungsauftrag nun wirklich nichts mehr zu tun, und schon gleich gar nicht mit dem Einsatzgebiet von Herrn H.

**Stefan Keuter (AfD):** Nach welchen Kriterien wählten Sie Ihre Berichtsinhalte aus?

**Zeuge H. H.:** Die Frage müssten Sie der Auswertung stellen.

**Stefan Keuter (AfD):** Akustisch habe ich nicht - -

(ORR Michael Steppan  
(BKAmT) und LR I Christian-Hendrik Heusermann  
(BKAmT) melden sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung meldet sich zu Wort. Bitte schön.



## Nichtöffentlich

**ORR Michael Steppan** (BK): Hat sich ergeben.

**LR I Christian-Hendrik Heusermann** (BK): Hat sich erledigt.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist schön. - Dann fahren Sie in Ruhe fort. Wir klären das hier immer sehr demokratisch. Machen Sie mal weiter.

**Zeuge H. H.:** Ist das schon beantwortet? Oder nee, es ist nicht verstanden worden.

**Stefan Keuter** (AfD): Ich hatte es akustisch nicht verstanden.

**Zeuge H. H.:** Ach so. Die Frage müssten Sie an die Auswertung adressieren.

**Stefan Keuter** (AfD): Okay. - Nach welchen Kriterien wählten Sie Ihre afghanischen Informanten aus? Das betrifft ja nun Sie und nicht die Auswertung.

**Zeuge H. H.:** Das ist Methodik.

(ORR Michael Steppan  
(BK Amt) und LR I Christian-Hendrik Heusermann  
(BK Amt) melden sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also, dazu brauchen Sie sich gar nicht zu Wort zu melden. Das ist ja offenkundig, dass das nicht geht. Das verstehen auch Nichtmitglieder der Bundesregierung.

**Stefan Keuter** (AfD): Man kann es ja mal probieren. - Hatten Sie den Eindruck, dass Ihre Berichte eine von Ihren Vorgesetzten gewünschte Tendenz haben sollten?

**Zeuge H. H.:** Unschädlich. Nein.

(Heiterkeit)

**Stefan Keuter** (AfD): Fühlten Sie sich in irgendeiner Weise mal beeinflusst, über etwas oder etwas anderes nicht zu berichten oder verstärkt zu berichten oder weniger?

**Zeuge H. H.:** Also, ich in meiner Funktion nicht, nein.

**Stefan Keuter** (AfD): Wurde mal ein Bericht von Ihnen so, wie Sie ihn vorgelegt hatten, nicht akzeptiert oder zur Nachbearbeitung zurückgereicht?

**Zeuge H. H.:** Ich schreibe keine Berichte.

**Stefan Keuter** (AfD): Gab es eine Auftragssteuerung aus dem Bundeskanzleramt, die bei Ihnen direkt landete?

**Zeuge H. H.:** Also, das ist Daily Business, dass neben dem APB Informationsbedürfnisse aus dem Kanzleramt oder dem Ressort in den Dienst gesteuert werden und dann an die fachlich zuständige Stelle vermittelt werden und mit dem Anspruch auf Beantwortung auch rückgekoppelt wird. Ob das jeweils einen operativen Impact hat, das kommt auf den Auftrag oder das Informationsbedürfnis an.

**Stefan Keuter** (AfD): Wissen Sie, was in den Annexen des Doha-Abkommens steht, ganz oder teilweise?

**Zeuge H. H.:** Ist mir nicht in Gänze mehr erinnerlich, aber wir hatten diese Informationen.

**Stefan Keuter** (AfD): Wann wurden Sie über die entsprechenden Inhalte informiert und von wem?

**Zeuge H. H.:** Das würde ich dann gegebenenfalls in der eingestuften Sitzung beantworten.

**Stefan Keuter** (AfD): Wissen Sie, weshalb SIGAR nach 20- -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wissen Sie, dass Ihre Zeit zu Ende ist?

(Heiterkeit)



## Nichtöffentlich

**Stefan Keuter (AfD):** Dann in der nächsten Runde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und insofern geht das Fragerecht jetzt zu der Kollegin Dr. Jurisch. Bitte schön.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr H., ich würde Sie gerne Folgendes fragen: Sie haben vorher von Kippunkten gesprochen, die Sie angenommen haben, wann davon auszugehen ist, wie sich die Lage in Afghanistan weiterentwickeln würde. Ist einer dieser Kippunkte für Sie gewesen der Abzug der internationalen Truppen? War das einer der Kippunkte, die Sie definiert haben? Weil Sie haben ja vorher schon gesagt, es war für Sie klar: Mit dem Doha-Abkommen, in dem Moment, wo die internationalen Truppen abziehen, würden die afghanischen Streitkräfte noch eine gewisse Zeit haben, alleine dazustehen. Also, war das sozusagen für Sie auch einer dieser Punkte, die Sie definiert haben?

**Zeuge H. H.:** Also, die Kippunkte sind mir nicht mehr in Gänze erinnerlich, und sie stammen auch nicht von mir, sondern sie stammen eben aus der Auswertung als Hüter des Gesamtgebildes. Ich glaube, sowohl als Referatsleiter als auch als Resident - - nur einen begrenzten Ausschnitt, basierend auf meinem HUMINT-Aufkommen und Austausch mit anderen Diensten. Das Gesamtgebilde pflegt tatsächlich die Auswertung, und die Auswertung hat auch diese Kippunkte definiert. Mir ist aber jetzt nicht erinnerlich, ob das explizit einer war, dass die Regierung das Land verlässt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie haben vorher gesagt, dass Ihre Aufgabe gewesen sei, sicherzustellen, dass der BND so lange im Land ist, wie Deutsche sich im Land aufhalten. Zu dem Zeitpunkt, als Sie noch da waren, also im Mai, was war Ihre Annahme, wie lange es noch deutsche Institutionen in Afghanistan geben würde? Also, wie lange mussten Sie praktisch sicherstellen, dass der BND dort auch vertreten ist sozusagen?

**Zeuge H. H.:** Also, im Mai und auch davor gingen wir davon aus, dass wir eine dauerhafte Präsenz

in diesem Land haben werden in Kabul, dass es ein Standort einer deutschen Botschaft bleiben wird, dass sich dort in irgendeiner Form - auch egal, welche Prognose trägt, wo sich das Land hin entwickelt - - auch die Taliban ein eigenes Interesse daran haben müssen, dieses Land mit westlicher Hilfe in irgendeiner Form weiter regieren oder kontrollieren zu können. Also, die Annahme, dass die gesamte internationale Gemeinschaft ad hoc abzieht, war im Mai eben keine Annahme und keine realistische Annahme.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also, wenn Sie jetzt zum Beispiel von einem Entwicklungshelfer oder so gehört hätten: „Ja, ich gehe davon aus, dass ich die nächsten Jahre da weiter bleiben werde“, also staatlich, von der GIZ zum Beispiel, dass er oder sie seine Projekte weiter ausführen würde, hätten Sie dann im Mai zu der Person gesagt: „Das ist unrealistisch“ oder „Es ist realistisch“?

**Zeuge H. H.:** Jetzt sprechen wir oder jetzt spreche ich ja keine Empfehlung aus oder rate jemandem dazu, in diesem Land zu bleiben bei einer volatilen Sicherheitslage. Und im Mai hatten wir immer noch genug Fragezeichen. Und das ist immer eine Frage auch der Perspektive, die man einnimmt, wo auch temporäres Schließen von Außenstellen, temporäres Schließen einer Botschaft nicht bedeutet, dass man dem Land komplett den Rücken zuwendet.

Aber wir haben ja auch im Mai den stockenden Verlauf der Friedensgespräche gesehen. Wir wussten im Mai aber - - Oder wir wussten halt erst im Mai, wie die Taliban nach dem 30.04. reagieren. Nämlich als bekannt wurde, dass US-seitig das Abzugsdatum ja verschoben wurde vom 30.04. auf September, wenn ich mich recht erinnere, war das de facto am 30.04. ein sehr spannender Tag, zu schauen, inwiefern dieser - aus Talibansicht - Bruch des Abkommens sich auf der Straße auswirkt. Und die Taliban waren ja auch kein monolithischer Block. Es gab die Moderaten, die verhandelt haben, und es gab die Kämpfer auf der Straße, wo man eben nicht wusste: Wie reagiert man just mit Ablauf dieses Datums, 30.04., 1. Mai? Das war der spannendste



## Nichtöffentlich

Tag in dieser Phase, nicht wissend, was passiert. De facto wurde das Abkommen gebrochen.

Also, im Mai da eine Empfehlung auszusprechen - hierbleiben, aussitzen, es wird schon alles gut -, hätte ich sicherlich nicht vorgenommen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Hatten Sie auch mit der GIZ Risk Management Office - - Hatten Sie da mit denen auch zu tun, oder kennen Sie die?

**Zeuge H. H.:** Ja.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay. - Noch mal zu den Koordinations- - Also, zu der ND-Lage hatten Sie ja vorher schon gesagt, hier in Berlin, dass die sich regelmäßig trifft. Es gibt ja auch noch eine Staatssekretärsrunde. Gibt es da Ihres Wissens nach eine Kopplung zwischen diesen beiden Dingen, also zwischen dieser ND-Runde und den Staatssekretärsrunden zu Afghanistan?

**Zeuge H. H.:** Also, jetzt bin ich dort kein Teilnehmer; aber das würde ich mal unterstellen. Weil es sind zumindest mal aus unserem Hause immer die gleichen Vertreter - entweder leitungsbegleitend oder leitungsaufmunitionierend - zugegen bei diesen Besprechungen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay. Gut, das reicht. Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt das Fragerecht jetzt zu der Frau Kollegin Büniger.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr H., ich versuche, es ganz kurz zu halten. Ich zitiere aus MAT A BND-4.03 VS-NfD. Da steht in Absatz 2 - und Sie können das Dokument gleich auch vorgelegt bekommen; ich zitiere -:

Bis zum Fall Kabuls am 15.08.21  
hat die



Die Begriffe „T2“ und „T1“, also die Maßnahmen durch T2 und T1, können Sie mir das jetzt mal erklären als Laiin vom Fach? Können Sie mir dazu was sagen?

**Zeuge H. H.:** Ja. Das sind Unterabteilungen der Abteilung TA, die einzige Abteilung, die Unterabteilungen hatte bis zur Neu-Org.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Und was bedeutete das ganz konkret?

**Zeuge H. H.:** Das bedeutet, bevor man auf Referatsebene angesiedelt ist, ist es eine Zwischenführungsebene, die Unterabteilung. Also: Abteilung, Unterabteilung, Referat, Sachgebiet. Das sind alle Führungsebenen.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Okay. Vielen Dank. - Ich hätte noch eine Frage zu den Ortskräften, und zwar: Mich würde interessieren, wann Sie zum ersten Mal Kenntnis von Gefährdungsanzeigen bei Ihren Ortskräften gehabt haben.

**Zeuge H. H.:** Also, bewusst und erinnerlich ist das, was ich auch vorhin schon sagte, dass mit Bekanntgabe der Schließung unserer Außenstelle in ■■■■ nahezu alle - bis auf eine Ortskraft - den Finger hoben und den Antrag stellten, nach Deutschland verbracht - - ohne dass sie das Wort zu diesem Zeitpunkt kannten. Und „Ortskräfteverfahren“ und „Asyl“, obwohl es zwei unterschiedliche Dinge sind - - aber bei den Ortskräften eben nicht bekannt. Das Ansinnen, nach Deutschland zu wollen, ist im Oktober bzw. im September mit Bekanntgabe der Schließung der Außenstelle bei uns tatsächlich anhängig gemacht worden.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Dann hätte ich noch eine letzte Frage, wenn ich noch - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte.



## Nichtöffentlich

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Waren Sie während des gesamten Zeitraums Ihres Einsatzes denn mit der Ausstattung des Personals zufrieden? War die ausreichend, aus Ihrer Perspektive?

**Zeuge H. H.:** Man hat nie genug Personal,

(Heiterkeit)

weder an der Front noch hier.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Können Sie das ein bisschen konkretisieren, wo es da gefehlt hat oder wo es gehapert hat?

**Zeuge H. H.:** Also, ich kann es konkret am Beispiel auch der Coronalimitation deutlich machen, dass wir hier durchaus ja Fälle im eigenen Bereich infiziert hatten, die dazu führen, dass man Teile der Residentur isolieren musste, Mitarbeiter versorgen musste, weil man sie eben nicht infiziert auf einen Flieger nach Hause schicken kann. Also, das sind Dinge, die Kräfte binden, die man aber an anderer Stelle vielleicht hätte einsetzen können.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Hat das Ihre Arbeitsfähigkeit eingeschränkt?

**Zeuge H. H.:** Ja. Corona hat die Arbeitsfähigkeit massiv eingeschränkt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Nach Absprache der Obleute brauchen wir keine vollständige Runde mehr. Es gibt aber noch einzelne Fragen in diesem Teil. Und als Erstes geht die Möglichkeit an die SPD.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich darf an die Frage zu den Ortskräften anschließen, die Kollegin Bünger gerade gestellt hat. Mir eröffnet sich dazu eine Frage: War denn allen Ortskräften oder den Personen, die Sie als Ortskräfte definiert haben, klar, dass ihr Auftraggeber, die Behörde, mit der sie zusammenarbeiten, der BND ist, oder wurde da auch mit anderen Methoden gearbeitet, diese Menschen im Irrglauben zu lassen, dass sie für den BND arbeiten oder nicht?

(ORR Michael Steppan  
(BKAm) meldet sich zu  
Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort. Was wollen Sie uns sagen?

**ORR Michael Steppan (BK):** Ich halte mich kurz. Wir bitten, das hier nicht an der Stelle zu erörtern, sondern in - - Also, betrifft die ND-Methodik.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Bei mir kommt das auf eine extra Liste. - Ich stelle die Frage noch ein bisschen anders herum: Sind alle Personen, die Sie als Ortskräfte bezeichnen, tatsächlich letztendlich solche Kräfte, die für den BND gearbeitet haben? Die Frage müssten Sie ja beantworten können.

**Zeuge H. H.:** Ob unsere Ortskräfte, also die Ortskräfte des BND, für den BND gearbeitet haben? -

(Heiterkeit)

Ja.\*

**Jörg Nürnberger (SPD):** Umkehrschluss: Gibt es keine Personen, die Sie nicht als Ortskräfte bezeichnen und trotzdem für den BND gearbeitet haben?

**Zeuge H. H.:** Ja, natürlich. Jede unserer Quelle, die keine Ortskraft ist, arbeitet in irgendeiner Form für uns, aber nicht auf arbeitsvertraglicher Basis.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Okay, gut. - Die zweite Frage, die sich mir stellt im Anschluss an Ihre eigenen Ausführungen, ist, dass Sie bei den Planungen für die - Sie benutzen immer das Beispiel des Einklappens der Speichen - - immer das Axiom vorangestellt haben: Das muss reversibel sein. Unter welchen Bedingungen wäre denn tatsächlich eine Arbeit unter den tatsächlichen, aktuellen Umständen vorstellbar gewesen, die sich wieder von Kabul aus auf das ganze Land ausdehnen kann? Was hätte passieren müssen nach einem vollständigen Truppenabzug, dass der



## Nichtöffentlich

BND wieder in ganz Afghanistan hätte tätig sein können?

**Zeuge H. H.:** Also, das „reversibel“ bezog sich maßgeblich auf den eben noch nicht klaren, tatsächlich erfolgenden Truppenabzug. Es gab Truppenabzugsplanungen. Es gab Phasen, die definiert worden sind, zu welchem Zeitpunkt Camps zu übergeben sind an die Afghanen. Und an diesen - und die haben nun mal die Hoheit - musste man sich orientieren.

Und wenn diese Phasen verlängert werden, wäre es möglich gewesen, dass es tatsächlich so was wie eine von Talibanseite akzeptierte Folgemission RSM - - Auch das war ja in der Diskussion bis zum Schluss. Das heißt, dass bestimmte Maßnahmen reversibel sein müssen, dass man vielleicht doch an einem Standort bleiben kann oder an einen Standort zurückkehren kann, wo man vormals war, und dort andere Bedingungen für die operative Arbeit, aber auch für die SIGINT-Erfassung wieder hat oder hätte, als wenn man sie abbaut.

Also, reversibel im Sinne von flexibel reagieren zu können zum Zeitpunkt, nicht vorzeitig abziehen, sondern auch eben nicht übrig zu bleiben, wenn keiner mehr da ist, weil auf bestimmte Unterstützungsleistungen ist man eben angewiesen, auch als Dienst. Aber eben reversibel im Sinne von „vielleicht dauert das doch noch alles viel länger, als es derzeit aussieht“ - zu einem Zeitpunkt vor dem Mai 21.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nächster Fragenkomplex: Es gab den afghanischen Inlandsgeheimdienst NDS. Ist da eine Zusammenarbeit erfolgt? Können Sie beurteilen, falls sie erfolgt ist, welche Qualität die Informationen, die von dort bereitgestellt worden sind, für Sie hatten?

(Zuruf von RAn Dr. Stefanie Schork)

- Bitte?

(RAn Dr. Stefanie Schork:  
Darf er nicht sagen!)

**Zeuge H. H.:** Dazu darf ich nichts sagen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die ähnliche Frage auf die übrigen vor Ort tätigen, mit Ihnen zusammenarbeitenden Geheimdienste wird die gleiche sein - gehe ich davon aus.

(Der Zeuge nickt)

- Gut.

**Zeuge H. H.:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Aber zur Zusammenarbeit mit dem Risk Management Office der GIZ - und die Frage wurde von der Kollegin Jurisch bereits gestellt - können wir vielleicht noch etwas vertiefen. Gab es da regelmäßige Austausche? Wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge H. H.:** Also nicht zwingend zu meiner Zeit, weil die Zusammenarbeit mit dieser Institution - und die war ja sowohl in Masar-i-Scharif als auch in Kabul, meine ich, eh ansässig - tatsächlich noch in den Nordprovinzen verstärkt stattfand, auch auf persönlicher Basis, weil man eben halt Informationen zusammentrug, weil die Sicherheitslage ist für alle gleichermaßen interessant, Warnhinweise sind für alle gleichermaßen interessant. Und das ist ja das Entscheidende, dass wir vor Ereignisse kommen, vor Anschlägen warnen. Das ist ja - - Stichwort: Force Protection. Und da ist jede Information recht, und die tauscht man aus. Aber mir sind jetzt persönlich keine Mitarbeiter dieser Institution in Kabul aus meiner Zeit in Erinnerung oder bekannt. Ich will aber nicht ausschließen, dass Informationen aus diesem Bereich bei uns in der Auswertung anhängig gemacht worden sind - über einen anderen Informationskanal.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Eine ziemlich plakative Aussage, an die ich mich erinnern kann, einer Person, die wir hier bereits angehört haben, war für den Zeitraum im Frühsommer, Sommer 2021 - und ich versuche, es jetzt aus dem Gedächtnis zu zitieren -: Eigentlich glaubte die Kabuler Blase immer, sie wüsste alles, was sich in Afghanistan tut; aber eigentlich waren wir blind



## Nichtöffentlich

und hatten von nichts eine Ahnung. - Diese Aussage kommt so ungefähr aus dem - - also die kommt aus dem Risk Management Office der GIZ und von einer dort tätigen Person. Können Sie so eine Einschätzung teilen?

**Zeuge H. H.:** Nein, aber die möchte ich auch nicht kommentieren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das heißt, Sie hatten noch genügend Informationsquellen, um zuverlässige Lageeinschätzungen aus Kabul heraus in diesem Zeitraum zu erstellen bzw. mit Ihren Informationen dann von anderen stellen zu lassen, weil es doch ein gewisser Bewertungsunterschied ist.

**Zeuge H. H.:** Also, ich glaube nicht, dass wir an irgendeiner Stelle vorhandene Informationen abmoderiert hätten oder gesagt haben: „Wir haben die Bewertungshoheit“, sondern der Sensor einer Residentur in einem Einsatzland ist ja, all diese Dinge aufzunehmen und es dann tatsächlich bei der Auswertung zusammenzuführen und nach Plausibilität, nach Bestätigung aus anderem Aufkommen oder Ähnliches tatsächlich auszuwerten. Also, wenn Sie sagen: „Frühsommer“, würde ich mich noch knapp reinzählen; aber da hatte man eher den Eindruck, man muss engst zusammenrücken und eher „need to share“ als „need to know“ betreiben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jemand noch eine Frage? Das wäre für mich im Moment mein Anteil.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Da würde ich noch eine Frage anschließen, nämlich ich habe das, was der Kollege Nürnberger gefragt hat, eben so verstanden, dass das, was für andere Bereiche gegolten hat, für die Bundeswehr, für möglicherweise Teile des Auswärtigen Amtes, Teile anderer Ressorts - - nämlich dass gesagt wird: Da viele sozusagen ihre Büros nicht verlassen haben und das aus Kabuler Perspektive betrachtet haben, gingen allmählich die Sensoren verloren für das, was sich in anderen Teilen Afghanistans getan hat. - Das würden Sie für den BND nicht sagen. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge H. H.:** Also natürlich war mit Schließung der Außenstelle in [REDACTED] mit Schließung des Camps und Abzug der Bundeswehr [REDACTED] und damit ja auch der Schließung unserer Außenstelle dort das Informationsaufkommen nicht mehr in diesem Umfang vorhanden, wie wir es vormals hatten. Es ging darum, Zugänge aufrechtzuerhalten. Letztendlich hatte sich auch das Informationsbedürfnis ein Stück weit verändert. Mit Abzug der Truppe ist der Aspekt Force Protection eben nicht mehr der zentrale. Da ist nämlich keine Force mehr da, die es zu „protecten“ gilt. Also mussten auch - aber da bewegen wir uns im Bereich der Methodik - natürlich Anpassungen vorgenommen werden auf die Informationen, die perspektivisch und aktuell am erforderlichsten sind. Und mit Abzug der Truppe, ob das jetzt mit den Italienern im Westen oder den Deutschen im Norden der Fall ist, ist natürlich die Fokussierung auch auf diesen Aspekt geringer geworden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie verstehen, warum wir das fragen. Das kreist alles um diese Frage, die Herr Müller vorhin gestellt hat, der wir uns aus unterschiedlichen Perspektiven immer wieder nähern, nämlich: Wenn die Hypothese stimmt, dass ein Teil der Sensorik verloren gegangen ist für weite Teile des Landes, dann könnte das ja eine Erklärung dafür liefern, warum man diese Art von Wahrscheinlichkeitsrechnung, die Sie vorhin mathematisch begründet haben, angestellt hat noch wenige Tage, kann man ja sagen, bevor sich das von alleine erledigt hat. Das ist ja eine Hypothese, nach der man fragen kann. Deswegen ist es schon wichtig für uns, zu sagen, dass der BND mit den Methoden, die wir hier nicht hinterfragen, aber jedenfalls anders als andere Bereiche der deutschen Behörden offenkundig nicht so große qualitative Verluste hatte, was die Erkenntnisgewinnung angeht, dass man die Prognose hätte anders formulieren können, als es geschehen ist.

**Zeuge H. H.:** Also, natürlich hatten wir ein deutlich geringeres Informationsaufkommen mit dem Schließen der Außenstellen. Der Fokus war jedoch in diesen Außenstellen mehrheitlich ein regionaler, also: Was tut sich in Nord, und was tut sich in den Westprovinzen? Insofern hat es jetzt



## Nichtöffentlich

für die Lageeinschätzung Kabul nach meiner Bewertung nicht die zentrale Rolle gespielt, dass die Präsenz zu diesem Zeitpunkt, also zum Zeitpunkt der Einnahme Kabuls, in den Provinzen unsererseits eben nicht mehr vorhanden war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gibt es noch Fragen? - Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich habe die Befürchtung, dass diese Frage den gleichen Reflex beim Bundeskanzleramt auslöst wie zuvor - berechtigt natürlich. Gehen Sie denn davon aus, dass die Entscheidungen über Aktionen von Taliban in Kabul und in der von Kabul aus aufzuklärenden Umgebung tatsächlich getroffen worden sind oder vielleicht doch nicht - - in den Provinzen, wo dann am Ende der BND nicht mehr in der Lage war, das Informationsaufkommen in dem bisher gewohnten Umfang sicherzustellen?

**Zeuge H. H.:** Das ist spekulativ, wenn ich da mich zu äußern müsste.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Anschlussfrage: Hatten Sie Erkenntnisse darüber, dass die Taliban ihre Entscheidungen über das weitere Vorgehen in Afghanistan in Kabul getroffen haben, von Kabul aus getroffen haben?

**Zeuge H. H.:** Nein.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Da ich keine Frage mehr stellen darf, habe ich nur noch eine Erklärung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay, wir denken weiter. - Und die Frage an die Union, ob sie noch welche hat.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Keine Fragen in dieser Session.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Union nicht. - Gibt es bei den Grünen noch Fragen in diesem - -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bei der AfD?

**Stefan Keuter (AfD):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Denn man tau.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. - Im Sommer 2021 hagelte es vonseiten der CDU-Politiker Kiesewetter und Sensburg Kritik am BND. Die beiden forderten Konsequenzen. Ich habe die Information aus MAT A BND-4.05, Blatt 37. Ich lege Ihnen das auch gerne einmal vor. Da schreibt beispielsweise - - Das ist eine Meldung von der dpa:

Der CDU-Militärexperte Patrick Sensburg sprach von einer „generellen Fehleinschätzung der Lage über Jahre“...

Dazu die Frage: Wie haben Sie dies wahrgenommen? Hat die Politik den BND als Sündenbock genutzt, um von eigenen Fehleinschätzungen einfach abzulenken?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Darf ich trotz der späten Stunde darum bitten, dass wir Fragen nicht suggestiv stellen, sondern in einer Form, die dem Zeugen erlaubt, darauf unbefangen zu antworten und einfach aus seinem eigenen Urteilsvermögen heraus. Das war eine Suggestivfrage. Die möchte ich in der Form nicht zulassen.

**Stefan Keuter (AfD):** Wie haben Sie dies wahrgenommen?

**Zeuge H. H.:** Also, ich muss noch mal nachfragen: Wie ich die vermeintliche generelle Fehleinschätzung der Lage persönlich wahrgenommen habe oder - -

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, erst mal diese Meldung. Ich kann Ihnen, darf Ihnen jetzt mehr nicht Möglichkeiten oder ständig neu - - Haben Sie das als Frechheit empfunden, als persönlichen Angriff? Einfach Ihre Wahrnehmung, als Sie diese Pressemitteilung oder diese Information bekommen haben, und dann auch gerne eine Einschätzung, ob Sie davon ausgegangen sind, dass Ihr Haus über Jahre Fehleinschätzungen geliefert hat.

(Thomas Erndl (CDU/CSU):  
Tragen Kommentierungen  
von Presseveröffentlichungen  
zum Untersuchungsgegenstand bei?)



## Nichtöffentlich

**Zeuge H. H.:** Also, ich will aber gerade sagen, ich kommentiere eigentlich keine Presse.

**Stefan Keuter (AfD):** Nein, Sie sollen auch nicht die Presse kommentieren. Das ist ja nun ein Ding, was wir hier geliefert bekommen haben. Das Ding hat ganz offiziell eine MAT-Nummer; die habe ich ja gerade eben auch zu Protokoll gegeben. Und mich würde es einfach nur interessieren, wie Sie den Inhalt dieser Meldung, die von Ihrem Haus geliefert worden ist, die auch eine Paginierung hat, beurteilen.

(Thomas Röwekamp  
(CDU/CSU): Von wann ist  
die Meldung?)

- Die ist vom 17.08.21.

**Zeuge H. H.:** Also, ich kenne das Papier nicht.

**Stefan Keuter (AfD):** Es geht um die Äußerung und nicht um die Pressemeldung an sich.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich würde Ihnen ungern helfen, aber man kann solche Fragen auch so stellen, dass man sie zulässig stellt und sie beantwortet werden können. Dem haben Sie sich noch nicht genähert. - Also, in der Form brauchen Sie die Frage nicht zu beantworten. - Entweder Sie stellen sie in einer Form, die akzeptabel ist, oder Sie müssen eine andere Frage stellen, bitte.

**Stefan Keuter (AfD):** Wir machen mal weiter.

**Zeuge H. H.:** Ich würde ganz gerne mal zehn Minuten unterbrechen wollen oder beantragen, eine - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das können wir gerne tun. Die Frage ist jetzt ein bisschen methodisch, wann wir wie unterbrechen. Wenn ich das richtig sehe, sind wir in der Schlusskurve dieses Formats gerade, und wenn wir also eine Pause machen, dann würde es sich anbieten, die dann zwischen dieser Sitzung und einer einzustufenden Sitzung zu machen. Das kann eigentlich nur

noch wenige Minuten gehen. Aber wenn Sie sofort eine Pause brauchen, können wir das auch tun. Wir sollten uns nur verständigen.

Ich habe wahrgenommen, dass es in der öffentlichen Sitzung - - Gab es von der FDP noch Fragen?

(Alexander Müller (FDP)  
schüttelt den Kopf)

- Von der FDP nicht mehr.

(Zuruf einer Mitarbeiterin  
der AfD-Fraktion: Wir haben  
noch Fragen! - Gegenruf:  
Die Mitarbeiter haben noch  
Fragen? - Stefan Keuter  
(AfD): Der Abgeordnete hat  
noch Fragen!)

Der Abgeordnete ist der Letzte, der noch Fragen stellt in diesem Format. - Sie müssen trotzdem sagen, ob das okay ist, wenn die Pause - -

**Zeuge H. H.:** Dann würde ich gerne jetzt eine Pause machen wollen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut, dann unterbrechen wir jetzt.

(Unterbrechung von  
23.15 bis 23.27 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen unsere Sitzung fort. Nach meinem Verständnis, da die anderen Fraktionen keine weiteren Runden wünschen und die AfD noch Fragen hat, erlauben wir in gewissem Rahmen - in gewissem Rahmen! - der AfD, ihr übliches Zeitkontingent zu überziehen, sodass das akzeptabel ist; aber ich bitte, den Rahmen auch nicht überzustrapazieren. - Sie haben das Wort.

**Stefan Keuter (AfD):** Wie stark war die militärische Relevanz der Resolute-Support-Kräfte? Glauben Sie, dass die Taliban diese Verbände als militärisch relevant ansahen, oder hatten sie ei-



## Nichtöffentlich

gentlich nur vor denjenigen westlichen Verbänden Respekt, die im Rahmen der Mission Operation Freedom's Sentinel vor Ort waren?

**Zeuge H. H.:** Also, dazu ist mir nicht Erinnerung, dass mir dazu Informationen vorlagen.

**Stefan Keuter (AfD):** Was können Sie uns über die relative Höhe der Gehälter und der Abfindung der deutschen Ortskräfte sagen?

**Zeuge H. H.:** Also, die Gehälter deutscher Ortskräfte waren vergleichbar mit den Gehältern hochrangiger afghanischer Sicherheitskräfte.

**Stefan Keuter (AfD):** Und damit dann wahrscheinlich auch Neid erzeugend, oder? - Oder anders gefragt: Hatten Sie den Eindruck, dass eine mögliche Gefährdungslage durch einen Neidfaktor erst geschaffen wurde?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir bewegen uns schon wieder auf sehr, würde ich sagen, beweglichem Untergrund. Also, ich würde doch bitten, dass Sie Ihre Fragen nutzen, konkrete Dinge zu fragen.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich habe nach einer Wahrnehmung des Zeugen gefragt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Aber wie soll der Zeuge - - Ich weiß nicht, ob Neidgefühle sozusagen vom BND systematisch ausgespäht werden. Das würde mich wundern.

(Heiterkeit)

Also, ich würde wirklich bitten, konkrete Fragen zu stellen, die der Zeuge beantworten kann.

**Stefan Keuter (AfD):** Möchten Sie dazu was sagen?

**Zeuge H. H.:** Wenn Sie das konkretisieren, wie kommentiert.

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, ich habe Sie nach Ihrem persönlichen Eindruck gefragt, ob Sie den Eindruck hatten, dass eine mögliche -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Überstrapazieren Sie meine Geduld nicht.

**Stefan Keuter (AfD):** - Gefährdungssituation dadurch erzeugt worden ist, dass Neidgefühle bei möglichen Nachbarn etc. geschürt worden sind durch überproportionale oder individuell wahrgenommene überproportionale Gehälter. „Hohe Regierungsbeamte“, war Ihr Stichwort.

**Zeuge H. H.:** Also nur zur Klarstellung: Mein Stichwort war „hochrangige Militärs“, nicht „hochrangige Regierungsmitarbeiter“. Aber ansonsten würde ich mich dazu nicht äußern.

**Stefan Keuter (AfD):** In der Sachverständigenanhörung am 22.09.22 teilte uns ein Sachverständiger - das war der Landesleiter der GIZ, der profunde Kenntnisse zu Afghanistan besitzt - mit, dass er keinen Fall kenne, wo Taliban frühere deutsche Ortskräfte belangt hätten. Ist Ihnen ein Fall solcher Belangungen von Ortskräften bekannt?

**Zeuge H. H.:** Was ist mit „belangen“ konkret gemeint?

**Stefan Keuter (AfD):** Sie zu schädigen, Vermögen, Leib, Leben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, der Vorhalt ist falsch. Ich habe an der Sachverständigenanhörung teilgenommen. Der Zeuge Dube, auf den Sie sich da beziehen, der hat ausgesagt, dass das völlig unterschiedlich gewesen sei für unterschiedliche Ortskräfte und dass für manche das gegolten hat, was Sie gesagt haben, für andere eine ganz andere Situation. Wir müssen also hier schon richtige Vorhalte machen, wenn wir Fragen dazu stellen. Ich bitte darum, darauf zu achten.

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, wir können das auch vorhalten. Wir haben nämlich dieses Protokoll gerade da, und da steht das so drin.

(Thomas Röwekamp  
(CDU/CSU): Können Sie es  
mal direkt zitieren, bitte?)



## Nichtöffentlich

- Ja. - So, Anlage 3 ist hier vor -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
und sein Rechtsbeistand  
nehmen Einblick)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das hat sich ausschließlich auf die GIZ bezogen in diesem Fall.

**Stefan Keuter (AfD):** Sachverständiger Hans-Hermann Dube - ich zitiere jetzt -:

Frau Abgeordnete, mir ist kein Fall bekannt, dass von unseren ehemaligen und noch anwesenden Ortskräften irgendjemand zu Schaden gekommen wäre.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mit „unseren“ sind die GIZ-Mitarbeiter gemeint. Also der Vorhalt bezieht sich auf die GIZ-Mitarbeiter. Also kann die Frage ja nur lauten: Sind Ihnen solche Fälle von GIZ-Mitarbeitern bekannt?

**Stefan Keuter (AfD):** Ich habe eben in meiner Frage ja auch erwähnt, dass ein Sachverständiger, nämlich der Landesleiter der GIZ mitgeteilt hat, dass ihm kein Fall bekannt wäre, wo Taliban frühere Ortskräfte belangt hätten.

(Zuruf von der CDU/CSU:  
Der GIZ!)

**Zeuge H. H.:** Also mir ist kein Fall bekannt, wo Ortskräfte der GIZ belangt worden sind.

**Stefan Keuter (AfD):** Sind Ihnen Fälle bekannt, wo Ortskräfte von ihnen - „ihnen“ jetzt kleingeschrieben - belangt worden wären?

(Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand)

Frau Rechtsanwältin, wenn Sie beraten wollen, können Sie gerne Unterbrechung beantragen, aber keine Antworten einflüstern.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielleicht überlassen Sie die Sitzungsleitung mir, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der FDP - Heiterkeit)

**Zeuge H. H.:** Also wenn Sie sagen „ihnen“ - kleingeschrieben -, meinen Sie ja die GIZ.

**Stefan Keuter (AfD):** Nein, nein, nein. Ich habe gesagt: Sind Ihnen, Ihnen persönlich, Fälle bekannt, wo ihnen - - Ihnen nicht persönlich, Ihre Mitarbeiter, sondern die Ihres Dienstes, wo sie dienstlich tätig waren, belangt worden sind.

**Zeuge H. H.:** Ja.

**Stefan Keuter (AfD):** Haben Sie nähere Ausführungen, wie die belangt worden sind, ob das Einzelfälle waren, ob das regelmäßig vorgekommen ist? Haben Sie Zahlen für uns?

**Zeuge H. H.:** Also ich ordne es im Bereich der Einzelfälle ein, aber zu einem Zeitpunkt, wo das Thema Ortskräfteverfahren auch noch gar keine Rolle spielte.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Was wissen Sie über Vorfälle von Fahnenflucht und Desertation in von der Bundeswehr ausgebildeten Einheiten der ANDSF?

(Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge H. H.:** Also, das sind Informationen, die mir zumindest mal untergekommen sind.

**Stefan Keuter (AfD):** Welche sind das?

**Zeuge H. H.:** Also „welche“ im Sinne von „auf welcher Informationsbasis erhoben oder mir zur Kenntnis gelangt“?

**Stefan Keuter (AfD):** Die Frage war: Was wissen Sie über Vorfälle von Fahnenflucht und Desertation in von der Bundeswehr ausgebildeten Einheiten der ANDSF? - Die Frage ist, glaube ich, eindeutig.

**Zeuge H. H.:** Ich kann nur sagen, ich hörte davon, ich kann es aber nicht präzisieren, wann, wo und



## Nichtöffentlich

ob es tatsächlich von Bundeswehr ausgebildete ANDSF sind. Aber Fälle von Fahnenflucht sind bekannt, ohne sie namentlich machen zu können.

**Stefan Keuter (AfD):** Können Sie uns im anderen Format weitere Informationen dazu geben?

**Zeuge H. H.:** Nicht aus der Erinnerung heraus.

**Stefan Keuter (AfD):** Was wissen Sie über Spionagetätigkeiten für die Taliban durch von der Bundeswehr ausgebildete Soldaten der ANDSF?

**Zeuge H. H.:** Habe ich keine Erinnerungen und Informationen.

**Stefan Keuter (AfD):** Ist Ihnen Doppelagententum mal untergekommen, Kräfte, die für Sie gearbeitet haben und auch für eine andere Seite?

**Zeuge H. H.:** Das ist ein Thema, was uns auf täglicher Basis beschäftigt.

**Stefan Keuter (AfD):** Beschäftigt, oder ist es tatsächlich vorgekommen?

**Zeuge H. H.:** Wenn immer wir den Verdacht haben, dass Quellen auf mehreren Schultern tragen, dann ist das für uns ein Kriterium, den Informationsgehalt auch unter ganz anderen Gesichtspunkten zu beleuchten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie sollten jetzt zu Ihrer letzten Frage kommen, Herr Kollege.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich habe noch einen größeren Fragenkomplex, was sexuellen Missbrauch und insbesondere auch das Thema Tanzjungenantum angeht. Können Sie uns da was zu sagen?

**Zeuge H. H.:** Nein, aber ich weiß nicht, was das tatsächlich mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das weiß ich auch nicht, und das Fragerecht - -

**Stefan Keuter (AfD):** Unter Protest breche ich jetzt hier ab, weil wir hätten noch eine ganze Menge Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Leben ist hart an der Küste. - Wir beenden jetzt die Fragerunde an dieser Stelle.

Ich will Sie darauf aufmerksam machen, dass damit nicht verbunden ist, dass das formell für Sie schon abgeschlossen ist, und dass es ein Protokoll gibt, was Ihnen zugesandt wird - von dieser Sitzung schon -, was Sie korrigieren können, wenn Sie was zu korrigieren haben, wenn Sie das gelesen haben. - So weit zum Ende dieser Sitzung.

Dann habe ich verstanden, dass wir - mit dem Ende Mitternacht allerdings - eine einzustufende Sitzung noch stattfinden lassen wollen. Das geht nur, wenn erstens alle elektronischen Geräte entfernt und in die entsprechenden Unterbringungs-möglichkeiten hier deponiert werden vor der Tür und zweitens sich nur Menschen im Raum befinden, die eine entsprechende Einstufung haben.

(Zurufe: Wir brauchen noch einen Beschluss!)

Und, Moment, bevor Sie jetzt alle rauslaufen - -

(Zuruf: Wir können den Beschluss auch später treffen! - Weiterer Zuruf: Machen wir danach!)

- Dann beschließen wir das zu Beginn. Ja, gut.

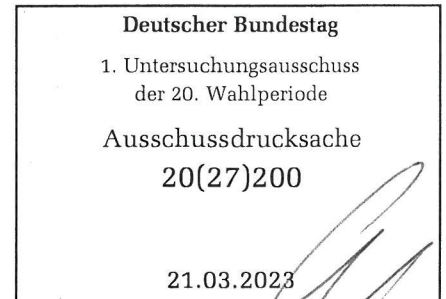
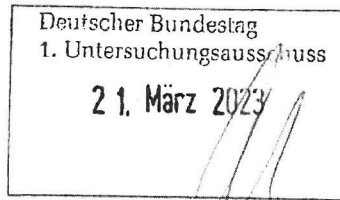
(Schluss des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung, Nicht-  
öffentlich: 23.38 Uhr - Folgt  
Sitzungsteil Zeugenverneh-  
mung, Geheim)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen H. H.

Nichtöffentlich

An das  
Sekretariat des 1. Untersuchungsausschusses  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Betr: 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages  
hier: Protokollkorrekturen des Zeugen H.H. vom 13.03.2023  
Bezug: Ihre E-Mail vom 10.03.2023, Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/20 II

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Dr. Schultheiß,

vielen Dank für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls (20/20 II) der Vernehmung vom 19.01.2023. Gerne möchte ich die Möglichkeit nutzen, um wenige Korrekturen/Ergänzungen vorzunehmen:

Diese werde ich im Folgenden als Spiegelstriche aufführen:

- Seite 10, linke Spalte, siebter Absatz: „Chausseestraße **96** in 10115 Berlin“
- Seite 13, linke Spalte, vierter Absatz:  
„Wir (**LBB**) haben **die operative Planung** koordiniert, wir haben das protokolliert.“
- Seite 14, rechte Spalte, fünfter Absatz:  
„Ich kriege Hinweise, ob über diese Information hinaus die **Erfordernis** besteht,...“
- Seite 15, linke Spalte, siebter Absatz:  
„..., dass dieses Doha-Abkommen unter Ausschluss sonstiger Beteiligter (**international**) **bilateral (US/TB)** geschlossen wurde,...“
- Seite 32, rechte Spalte, sechster Absatz: **Mit dem Projekt ist – nach nochmaliger Prüfung – tatsächlich wie bereits auf Seite 32, rechte Seite im ersten Absatz ausgesagt das bilaterale Polizeiprojekt (German Police Project Team/GPPT) des BMI in AFG gemeint, welches Ausbildung und Beratung der AFG Polizei sowohl in Kabul als auch in Mazar-e Sharif zu diesem Zeitpunkt betrieb.**
- Seite 39, linke Spalte, erster Absatz:  
„...wo mit Bekanntgabe der Schließung dieser Außenstelle **nahezu alle** dort beschäftigten Ortskräfte.....“
- Seite 40, rechte Spalte, zweiter Absatz:  
„Hier ist ja eigentlich ein **nicht** ganz unsignifikanter Truppenkörper disloziert gewesen...“
- Seite 41, linke Spalte, erster Absatz:  
„Das ist **in der Regel** im Mutterhaus
- Seite 41, linke Spalte, dritter Absatz:  
**Satz/Aussage aufgrund Intervention BKAmT im Zuge der Beantwortung bitte vollständig streichen. Korrektur/Präzisierung der Aussage müsste eingestuft erfolgen. Teilantwort suggeriert in diesem Kontext zudem fälschlicherweise einen Zugriff/eine Abfragemöglichkeit von Datenbanken durch Dritte.**

Nichtöffentlich

- Seite 47, rechte Spalte, fünfter Absatz:  
„Ja, jedoch nicht in einem operativ/nachrichtendienstlichen Sinne der Fragestellung.“

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature consisting of two stylized, overlapping capital letters 'A' and 'K'.